

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

20. März 1950

Blatt 403

## 60. Geburtstag von Professor Merkl

=====

20. März (Rath.Korr.) Am 23. März vollendet Univ.Prof. Dr. Adolf Julius Merkl sein 60. Lebensjahr. 1890 in Wien geboren, legte er seine rechts- und staatswissenschaftlichen Studien an der Wiener Universität zurück und beschäftigte sich schon frühzeitig mit der Rechtstheorie. Er trat zunächst in den Dienst des Wiener Magistrates und wurde sodann in die staatsrechtliche Abteilung des Ministerratspräsidiums berufen. Nach dem Zusammenbruch arbeitete er unter den Staatskanzlern Dr. Renner und Dr. Michael Mayr auf dem Gebiete der Verfassungsgesetzgebung. 1920 habilitierte sich Merkl als Privatdozent für allgemeine Staatslehre und österreichisches Staatsrecht, allgemeine Verwaltungslehre und österreichisches Verwaltungsrecht. 1932 wurde er zum ordentlichen Professor für diese Fächer ernannt und bekleidete im Studienjahr 1934/35 die Würde eines Dekans der juridischen Fakultät. Während des Nationalsozialismus wurde Merkl zunächst in den dauernden Ruhestand versetzt, erhielt aber später einen Lehrauftrag an der Universität Tübingen für das gesamte öffentliche Recht und wurde 1943 dortselbst zum ordentlichen Professor ernannt. 1945 wurde er in seinem Amt bestätigt und übernahm zu seinen Fächern die Vertretung des Völkerrechts. Drei Jahre später in die Heimat zurückberufen, konnte er erst mit Beginn des Sommersemesters 1950 seine Wiener Tätigkeit wieder aufnehmen.

Aus der Schule Hans Kelsens hervorgegangen, wurde Merkl der Begründer der Lehre vom Stufenbau der Rechtsordnung. Er verfaßte eine große Zahl von Aufsätzen und Abhandlungen, von denen sein Hauptwerk "Das allgemeine Verwaltungsrecht" eine Typenlehre der Verwaltung darstellt. Merkl hat auf seinem Fachgebiet internationale Anerkennung gefunden und gehört zu den fruchtbarsten akademischen Lehrern Österreichs.

Johann Sebastian Bach und die Musik von heute  
=====

20. März (Rath.Korr.) Freitag, den 31. März, um 18.30 Uhr hält Dr. Rudolph Franz Brauner im Institut für Wissenschaft und Kunst einen Vortrag über "Johann Sebastian Bach und die Musik von heute". Vor und nach dem Vortrag: Johann Sebastian Bach, Sonate in D-dur für Violoncello und Klavier (Werner Adler, Walfriede Adler); Paul Hindemith: Johann Sebastian Bach, Sonate 1945 für Violine und Klavier (Friedrich Wührer jun., Hans Kann).

Karten zu diesem Vortrag sind um 3 Schilling im Sekretariat des Instituts erhältlich.

Verkehrsumleitung in Atzgersdorf  
=====

20. März (Rath.Korr.) Anlässlich des Kanalbaues in der Breitenfurter Straße in Atzgersdorf bzw. Wiener Straße in Liesing wird ab Dienstag, den 21. März, der Verkehr nach der Stadt von der Bahnbrücke in Liesing über die Waisenhorngasse-Fröhlichgasse-Therese Klostermann-Gasse umgeleitet. Der Verkehr aus der Stadt wird im ~~Bau~~ schnitt als Einbahnverkehr aufrecht erhalten.

### Wiener Landtag

20. März (Rath. Korr.) Heute vormittag, um 9 Uhr, trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu einer kurzen Geschäftssitzung zusammen. Auf Vorschlag der SPÖ wurde statt des bisherigen Bundesrates Otto Skritek Karl Holoubek von der Stadt Wien in den Bundesrat entsandt.

### Geschäftssitzung des Gemeinderates

20. März (Rath. Korr.) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. h. c. Körner zusammen.

Von der Fraktion der Unabhängigen lagen sechs Anfragen und ein Antrag vor und zwar: betreffend Unterlassung der Anführung der Namen der Mitglieder des Klubs der Unabhängigen in den im "Amtsblatt der Stadt Wien" veröffentlichten Sitzungsprotokollen der Gemeinderatsausschüsse; betreffend die Stillegung einiger namhafter Wiener Kinobetriebe; betreffend Ermächtigung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates zum Besuch der städtischen Anstalten und Betriebe zu Informationszwecken sowie betreffend die Ausgestaltung sonstiger Informationsmöglichkeiten; betreffend die Rückstellungsforderungen an die Stadt Wien auf Grund der Bestimmungen des 3. Rückstellungsgesetzes; betreffend die gegen die Mitglieder des KdU gerichtete einseitige Handhabung der Geschäftsordnung des Gemeinderates; betreffend unwahre Behauptungen des GR. Dr. Altmann (L. Bl.) in der Gemeinderatssitzung vom 17. Februar. Die Verlesung und Besprechung der letzten Anfrage und ihre Beantwortung wurden beantragt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung verhandelt werden. Der Antrag des WdU verlangt die Kenntnisnahme eines Berichtes in Angelegenheit der Schule in der Grüngasse im 5. Bezirk. Über die dringliche Behandlung wird gleichfalls vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Bürgermeister Dr. h. c. Körner teilte sodann mit, daß Stadtrat Rohrhofer wegen Erreichung der von der Volkspartei für ihre Mandatare festgesetzten Altersgrenze seine Funktion als Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, niedergelegt habe. Unter allgemeinem Beifall dankte der Bürgermeister Stadtrat Rohrhofer für die sachkundige, erfahrungsreiche und verständnisvolle Mitarbeit.

Von der Volkspartei wurde als Nachfolger GR. Dr. Robetschek vorgeschlagen und hierauf auch gewählt.

Für die freigewordene Stelle des Vorsitzenden im Gemeinderat wurde GR. Mazur vorgeschlagen und gewählt. Als neues Mitglied des Finanzausschusses trat GR. Römer an Stelle von Stadtrat Dr. Robetschek.

Schließlich wurde noch an Stelle von GR. Sajdik (ÖVP) GR. Skokan in den Personalausschuß gewählt.

Als letzte Wahl wurde die Nachwahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien durchgeführt. GR. Opravil wurde wiedergewählt, während an die Stelle von Dr. Theodor Prager Bezirksvorsteher-Stellvertreter Wilhelm Helm trat.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen.

#### Der Voranschlag für 1950

=====

Den Bericht über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1950 leitete der Finanzreferent der Gemeinde Wien, Stadtrat Resch, (SPÖ) ein. Er führte u. a. aus: Die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft und damit auch der Wirtschaft unserer Stadt, die mit dem Währungsschutzgesetz vom Dezember 1947 begonnen hat und die durch die Zuführung der aus den Marshall-Plan-Erlösen freigegebenen Beträge einen starken Auftrieb erhielt, hat auch im Jahre 1949 unvermindert angehalten. Die Produktion Österreichs ist nach den Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsforschung im November 1949, das ist die letzte bisher veröffentlichte Zahl, auf 136,8 Prozent der Produktion des Jahres 1937 angestiegen.

Der Export unserer Industrie hat im Dezember 1949 volumenmäßig bereits 83 Prozent des Exportes von 1937 ausgemacht. Der Beschäftigtenstand hat mit 2 Millionen Arbeitern und Angestellten den bisher höchsten Stand in Österreich erreicht. Dementsprechend stieg auch die ins Verdienen gebrachte Lohnsumme.

Die Gemeinde Wien ist ebenso wie alle anderen Gebietskörperschaften Österreichs an dieser Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft im höchsten Maße interessiert. Höhere Warenumsätze und ein höheres Lohnvolumen bedeuten auch für die Stadt höhere Einnahmen an Steuern, Abgaben und Gebühren. Dieser positive Kreis, höhere Einnahmen, die zu höheren Investitionen verwendet werden, damit die Vollbeschäftigung fördern und den Aufwand für soziale Fürsorge vermindern und damit wieder zu höheren Einnahmen führen, muß, wenn Österreich wirtschaftlich gedeihen soll, von allen öffentlichen Körperschaften mit all ihrer Kraft gefördert werden.

Die Gemeinde Wien hat zur wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im Jahre 1949 ihren Teil redlich beigetragen. Für die Bauindustrie allein wurden von der Gemeinde im Vorjahre 406,5 Millionen Schilling ausgegeben und damit nicht nur die Bauindustrie, sondern auch die Baustoffindustrie und das Bauhilfsgewerbe vollbeschäftigt. Dazu kommen die hohen sonstigen Anschaffungen für unsere Schulen, Spitäler, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen, die weitere hunderte Millionen an Aufträgen an die Wirtschaft unserer Stadt vergeben haben.

Neben den stark ansteigenden Einnahmen haben im Jahre 1949 auch die Ausgaben eine starke Aufwärtsentwicklung erfahren. Das dritte Lohn- und Preisabkommen hat die Löhne um 9-10 % erhöht und die Gewährung des 13. Monatsgehaltes als erste Maßnahme der Angleichung der Löhne der öffentlichen Angestellten an die der Privatwirtschaft, hat unseren Lohnaufwand um weitere 8 1/2 % gesteigert. Auch die Preise sind zum Teil in stärkerem Maße angestiegen. Trotzdem konnten aus den erhöhten Einnahmen des Jahres 1949 nicht nur alle erhöhten Ausgaben bestritten werden, sondern darüber hinaus noch fast die gesamten vom Gemeinderat seinerzeit gesperrten Investitionen freigegeben und durch Zuschußkredite darüber hinausgehende Investitionen und Anschaffungen in Auftrag gegeben werden.

Die Gemeindeverwaltung nimmt an, daß diese günstige Entwicklung der Einnahmen im Jahre 1949 auch im Jahre 1950 anhalten wird, obwohl die Steigerung der Arbeitslosigkeit im Winter 1949/50, die nicht nur saisonbedingt, sondern zum Teil schon konjunkturellbedingt ist, einen fühlbaren Rückgang einzelner Steuern mitsichgebracht hat. Wir haben trotzdem im wesentlichen die tatsächlichen Steuern und Gebührenvorschreibungen des Jahres 1949 den Ansätzen des Voranschlages für 1950 zugrunde gelegt und damit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft auch in diesem Jahre anhalten wird.

Wie ich noch ziffernmäßig nachweisen werde, hat sich die Gemeindeverwaltung auch im Budget 1950 bemüht, einen möglichst großen Teil ihrer Einnahmen für produktive Investitionen und Anschaffungen, die der Wirtschaft voll und direkt zugute kommen, aufzuwenden. Sie will damit ihren Beitrag zur Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten leisten und mit dem Teil der Ausgaben, die für den Neubau, für die Erhaltung und für den Wiederaufbau von Wohnräumen ausgegeben werden, auch die Wohnungsnot unserer Stadt mildern. Ich werde auf die möglichen Lösungen des Problems der Finanzierung der Wohnraumbeschaffung noch zu sprechen kommen.

Die Freimachung der im Voranschlag für Investitionen und Anschaffungen vorgesehenen bedeutenden Beträge ist der Gemeinde nicht leicht gefallen. Bei der Fülle der Aufgaben, die uns dieser schreckliche Krieg und die Zerstörungen und Unterlassungen der Kriegs- und der Nachkriegszeit mit ihrem Material- und Arbeitermangel hinterlassen haben, mußten viele dringende Verwaltungs- und Erhaltungsarbeiten zurückgestellt werden, um vorerst die Vollbeschäftigung aller arbeitenden Menschen dieser Stadt zu erreichen und ihre materielle Not zu beheben. Ich bin sicher, daß mit dem Budget, das ich heute die Ehre habe, dem Wiener Gemeinderat vorzulegen, die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten dann erreicht werden wird, wenn auch der Bund und die private Wirtschaft durch die Fortsetzung ihrer Investitionstätigkeit in Wien ihren Teil zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Sodann ging StR. Resch in die Erläuterung der einzelnen Ansätze ein, die er mit einer Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben der Jahre 1949 und 1950 einleitete. Im Voranschlag für das Jahr 1950 sind Gesamteinnahmen von 1.633 Millionen gegenüber 1.151 Millionen im Vorjahr eingesetzt, was eine Erhöhung von 482 Millionen Schilling ergibt. Die Gesamtausgaben sind mit 1.719 Millionen Schilling eingesetzt gegenüber 1,254 Millionen im vergangenen Jahr, sodass eine Erhöhung um 465 Millionen Schilling aufscheint. Während also der Abgang im Jahre 1949 103 Millionen Schilling betragen hat, ist er für dieses Jahr um 17 Millionen auf 86 Millionen zurückgegangen. Unter Berücksichtigung des Notopfers, das die Gemeinde Wien im Jahre 1950 an den Bund in Höhe von 115 Millionen zu erbringen hat und höherer Durchführungsposten im Betrage von 19.5 Millionen beträgt die reelle Erhöhung der Einnahmen 347.5 Millionen (=+ 30 Prozent) und die der Ausgaben 330.5 Millionen (=+ 26.35 Prozent).

Die Mehreinnahmen fließen allein aus eigenen Abgaben und Gebühren ein, die 1950 mit 512.2 Millionen präliminiert sind (1949: 313.5 Millionen Schilling), also 1950 ein Plus von 198.7 Millionen ergeben (54 Prozent); ferner 98 Millionen Schilling (27 Prozent) aus Mehreinnahmen aller Verwaltungsgruppen, also Gemeindebetrieben (nicht Unternehmungen) Vermögensverwaltung und Tarifen. 9 Millionen (2.4 Prozent) der Mehreinnahmen kommen aus Erhöhungen des Krediten aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds, 61.7 Millionen (17 Prozent) aus Ertragsanteilen des Bundes. Man kann daher mit Recht behaupten, dass die Mehrleistungen fast zur Gänze aus Mehreinnahmen fließen, die die Gemeindeverwaltung aus ihren eigenen Abgaben und Gebühren sich verschafft. Die Einsicht und Opferfreudigkeit der Bevölkerung unserer Stadt und der Mut der Gemeindeverwaltung, Steuern zu fordern, sowie das gute Funktionieren des Steuerapparates sind in Wirklichkeit die Grundlagen, auf denen sich diese hohen produktiven Leistungen aufbauen.

Gegenüber verschiedenen Pressemeldungen erklärte sodann der Stadtrat ausdrücklich, dass kein Groschen der Mehreinnahmen aus neuen Steuern oder Erhöhungen bestehender Steuern fließen werde. Die Gemeinde Wien hat, falls dieser Stadt keine neuen Belastungen zugemutet werden, nicht vor, im Jahre 1950 ihre Steuern zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Leider kann aber auch noch nicht von einer Steuerermäßigung gesprochen werden. Die Aufgaben, die die Gemeindeverwaltung durch den Krieg und die Versäumnisse der faschistischen Zeit und der Nachkriegszeit zu bewältigen hat, sind so riesengroß, daß der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist. Dazu kommt, daß die Gemeinde durch die Maßnahmen des Bundes schwerste Opfer auf sich nehmen mußte. So wurde der Zuschlag zur Warenumsatzsteuer zur Gänze dem Bund überlassen, ebenso mußte zugestimmt werden, daß die vor kurzem beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer, die ebenfalls eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, zur Gänze dem Bund zugute kommt. Die Gemeinde hat für das Jahr 1950 ein weiteres Notopfer auf sich genommen, so daß sie im Budget für das Jahr 1950 ein Notopfer von 115,2 Millionen an den Bund erbringt.

Ein weiteres Opfer hat die Gemeinde durch Zustimmung zu der 20prozentigen Ermäßigung der Einkommen- und Lohnabzugssteuer auf sich genommen. Nach der Grundlage der Einnahmen des Jahres 1949 berechnet, wird dieses mit 66 Millionen Schilling angenommen.

Auf die Einnahmeneziffern des Jahres 1949 übergehend, erklärt Stadtrat Resch, daß im Voranschlag 1949 399,8 Millionen Schilling an Ertragsanteilen für die Gemeinde vorgesehen waren, die tatsächlichen Eingänge betragen - abzüglich des Notopfers 1949 in der Höhe von 48 Millionen Schilling - 485,6 Millionen, also 85,8 Millionen mehr als veranschlagt. Im Jahre 1950 werden die Ertragsanteile - abzüglich des Notopfers von 115 Millionen Schilling - 461,5 Millionen Schilling betragen, werden also um 24 Millionen geringer sein als 1949.

An eigenen Steuern und Abgaben waren 1949 291,6 Millionen präliminiert, tatsächlich zur Gebühr gestellt wurden 522 Millionen. Die Steuern und Abgaben waren also gegenüber dem Voranschlag um 230,4 Millionen Schilling höher, davon allein die Gewerbesteuer um 170,8 Millionen Schilling. Im Voranschlag 1950 sind 512,2 Millionen Schilling eingesetzt, was gegenüber 1949 einen Minderertrag von 9,8 Millionen Schilling bedeutet. Hier mußte einem fühlbaren Rückgang der Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer und Getränkesteuer Rechnung getragen werden.

Die Mehreinnahmen von 315 Millionen Schilling wurden zur Deckung des Gebarungsabganges 1949 von 103 Millionen Schilling, weitere rund 100 Millionen Schilling für Zuschußkredite,



für Investitionen und Anschaffungen verwendet, ferner wurden aus diesem Mehrertrag sämtliche Erhöhungen des Personal- und Sachaufwandes ohne Inanspruchnahme von Krediten abgedeckt.

Im außerordentlichen Aufwand des Voranschlages 1950 sind 54 Millionen Schilling als Kredite aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vorgesehen. Die ab 1. Juli dieses Jahres anlaufenden Zuschüsse der Hausbesitzer und Mieter, die auf 50-60 Millionen Schilling geschätzt werden, werden voraussichtlich so spät einlaufen, daß sie für das Baujahr 1950 keine Verwendung mehr finden können. Durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen wird versucht, aus ERP-Mitteln entsprechende Beträge freizubekommen. Es würde ja niemand in Wien verstehen, daß kriegsbeschädigte Häuser einfach dem Verfall preisgegeben werden, obwohl ihr Wiederaufbau durchschnittlich weniger als die Hälfte der Errichtung von Neubauten kostet. Hoffentlich wird es gelingen, daß der Bund Mittel aufbringt, um den Wiederaufbau der städtischen kriegszerstörten Wohnungen in Fluß zu bringen.

Der Gesamtpersonalaufwand der Gemeinde - ausschließlich der städtischen Unternehmungen - beträgt im Voranschlag 1950 503 Millionen Schilling, was gegenüber 1949 eine Steigerung um 81,6 Millionen, das sind 19,5 %, bedeutet. Die Ursachen für diese Erhöhungen sind im 3. Lohn- und Preisabkommen und in der Gewährung des 13. Monatsgehaltes zu suchen.

Der reelle Personalaufwand 1950 ist gegenüber 1949 von 36,7 auf 34 % gesunken, hat also eine Verminderung um 2,7 % erfahren, was keineswegs auf ein Sinken des Personalaufwandes an sich zurückzuführen ist, sondern darauf, daß die produktiven Ausgaben für Investitionen und Anschaffungen stärker gestiegen sind als der Personalaufwand.

Der Personalstand betrug nach dem Voranschlag 1949 39.369 Bedienstete; diese Zahl ist im Voranschlag 1950 mit 37.239 Bediensteten um 2.130 Dienstposten gesunken, was beweist, daß die Gemeindeverwaltung ständig bemüht ist, die Verwaltung zu vereinfachen und den Personalstand ohne Zwangsabbau und ohne soziale Härten wieder dem friedensmäßigen Stand anzugleichen. Der Stadtrat betont ausdrücklich, daß im Voranschlag 1950 keine Ausgaben für eine neuerliche Überbrückungshilfe oder ein etwaiges Nachziehverfahren vorgesehen sind. Hingegen wurde/<sup>die</sup> Pensionsüberleitung in der

Höhe von 85 % des Pensionsüberleistungsgesetzes bereits berücksichtigt.

Bekanntlich seien Verhandlungen der öffentlichen Angestellten über ein Nachziehverfahren mit dem Finanzminister im Gange. Hiezu könne er die Erklärung abgeben, daß die Gemeinde selbstverständlich bereit sei, genau die gleiche Regelung des Nachziehverfahrens mitzumachen, die hinsichtlich der Bundesbediensteten vereinbart werden wird. Es sei nur zu wünschen, dass das Finanzministerium zu den Besprechungen über das Nachziehverfahren auch die Vertreter der Gemeinde Wien und der übrigen Länder hinzuzieht, um zu Regelungen zu kommen, die auch für die Länder erträglich sind. Diese Gehaltserhöhungen seien absolut notwendig, weil die städtischen Angestellten genau so wie die übrigen öffentlichen Angestellten hinter den Bezügen der übrigen Arbeiter- und Angestelltenschaft weit zurückgeblieben sind.

Hinsichtlich der erforderlichen Bedeckung der Erhöhungen der Personallasten gibt Stadtrat Resch die Erklärung ab, dass die Gemeinde Wien nicht bereit sei, zur Deckung dieses Aufwandes Investitionen oder andere produktive Leistungen herabzusetzen, weil hiedurch zweifelsohne neue Arbeitslosigkeit auftreten würde. Es sei bestimmt auch nicht der Wunsch der städtischen Angestellten, dass ihre Lohnerhöhung durch die Verelendung neuer zehntausender Arbeitsloser erkauft wird.

Eine Bedeckungsmöglichkeit würde die Besteuerung jeder Art von Luxus bieten, da hiedurch die Umsatzsteuer gesteigert würde, die eine zwischen dem Bund und den Gebietskörperschaften geteilte Abgabe bildet.

Ein weiterer Weg wäre, den übermäßig angewachsenen Personalstand unter Vermeidung sozialer Härten auf einen erträglichen geringeren Stand herunterzudrücken. Die Gemeindeverwaltung habe schon die Versicherung abgegeben, dass alle aus der Verminderung des Standes der Angestellten ersparten Beträge restlos zur Aufbesserung der Gehälter der verbleibenden Angestellten verwendet werden würden.

Beim Sachaufwand können in Wien keine nennenswerten Einsparungen mehr vorgenommen werden, da dieser Aufwand zum großen Teil für die Verpflegung der Patienten in den Spitälern und Anstalten verwendet werden muß, für ihre Bekleidung, ihre Wäsche, für die Schülerausspeisungen und für die Schulen selbst. Es sei unvorstellbar, daß etwa eine zehnprozentige lineare Kürzung des Schulaufwandes dazu führen könnte, daß jeder zehnte Schüler keinen Bleistift, kein Heft oder kein Lehrbuch mehr bekommt. Ersparungen für Beleuchtung, Beheizung und Telephon fallen nicht in die Waagschale.

Es gibt keinen Weg, der eine Besserstellung der Lebenshaltung der öffentlichen Angestellten zum Ziele hat, wenn nicht gleichzeitig die übrige Bevölkerung zur Kenntnis nimmt, daß sie die Kosten für die Besserung des Schicksals der öffentlich Angestellten zu tragen hat. Ein solcher Weg ist absolut gangbar und moralisch vertretbar, da es auf die Dauer unerträglich ist, daß ein Teil der Arbeiter- und Angestelltenschaft dieses Landes wesentlich schlechter gestellt ist als die Masse der übrigen Angestellten. (Zustimmung).

Die Gemeinde Wien ist nicht bereit, in dieser Frage eigene Wege zu gehen, sondern wird sich wie bisher an ein gemeinsames Schema, das seit 1946 von Bund, Ländern und Gemeinden eingehalten wurde, halten, denn sie hat nicht die Absicht, eine Lizitationspolitik mitzumachen, wie sie vor dem Jahre 1934 üblich war.

Für die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung betragen die Ausgaben 12.9 Millionen Schilling im Jahre 1950 statt 6.8 Millionen im Jahr 1949. Das bedeutet eine Erhöhung um 6.1 Millionen, die durch die drei Millionen des Kulturroschens und die 1.3 Millionen für den Sportroschen möglich wurde. Dazu kommen aber auch noch 1.8 Millionen aus Gemeindemitteln. Stadtrat Resch betonte, daß besonders der Körpersport und die Büchereien stark gefördert werden. Er glaube, daß damit die Gemeinde ihre kulturellen Verpflichtungen erfüllt habe.

Bei der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen sind die Ausgaben von 182.5 Millionen auf 200 Millionen gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme um 17.5 Millionen Schilling. Die außerordentlichen Ausgaben für die Kriegsschadenbehebung betragen 2.6 Millionen. In Wirklichkeit ist aber der Mehraufwand noch größer, weil verschiedene Minderausgaben in diesem Jahr zu verzeichnen sind. So sinkt der Auf-

wand für die Schülerausspeisung um 4.2 Millionen und für die Heimkehrerunterstützung, da ja weniger Heimkehrer kommen, um rund eine halbe Million. Der eigentliche Mehraufwand beträgt daher 22 Millionen.

In diesem Zusammenhang nannte Stadtrat Resch einige Ausgabenziffern. Für Kindergärten und Horte sind einschliesslich des ausserordentlichen Aufwandes Ausgaben von 26.5 Millionen vorgesehen, denen nur Einnahmen von 2.7 Millionen gegenüberstehen. Das heisst, dass die Stadt Wien aus Steuergeldern 23.8 Millionen zuschiesst. Das sind 2.780 Schilling je Kind und Jahr.

Die Hauptsorge des Finanzreferenten stellt die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, dar. Die Fondsanstalten haben sich als ein Danaergeschenk der Nazi erwiesen. Ohne Zweifel können die Spitäler nie aktiv geführt werden. Der Aufwand der aber jetzt erforderlich ist, kann von der Stadt Wien auf die Dauer nicht getragen werden. Allein die Ausgaben für die Spitäler, Erziehungsheime und Altersheime betragen 285.8 Millionen Schilling, das sind rund 48 Millionen mehr als im Vorjahr. Stellt man dem die tatsächlichen Einnahmen gegenüber, so werden die Wohlfahrtsanstalten einen Zuschuss von 144.4 Millionen erfordern. Das heisst, dass die Gemeinde für jedes Bett, für jeden Patienten im Jahr 6.124 Schilling oder pro Tag 16.78 Schilling ausgeben muss. Das ist auf die Dauer unerträglich. Vor 1938 hat der Bund den Ländern ausser Wien drei Achtel des Abganges bezahlt. An Wien deswegen nichts, weil die Kosten für die Fondsanstalten vom Bund getragen wurden und damit mehr als die Hälfte der Spitäler vom Bund erhalten wurde. Die Forderung der Stadt Wien geht dahin, dass der Bund wie vor 1938 mindestens  $\frac{3}{8}$  des Abganges wieder übernimmt. Zur Illustration führte Stadtrat Resch Zahlen über den Bettenstand der Wiener Spitäler an. 1937 betrug die Zahl der Betten in den städtischen Spitälern 2254. 1950 sind es 13.979. Das ist mehr als das Sechsfache.

Es wurde aber festgestellt, dass die Spitäler Wiens nicht nur für die Wiener dienen, sondern mehr als 25 Prozent der Patienten aus allen Bundesländern, sogar aus Vorarlberg, stammen.

Trotzdem wurden auf dem Gebiet der Verpflegung sämtliche Forderungen der Spitalsverwaltung restlos bewilligt. Es wurde nicht ein Groschen im Budget gestrichen, aber es darf auch kein Groschen für andere Zwecke verwendet werden (Beifall bei der SPÖ.) Auch für

Wäsche sind 5.9 Millionen in diesem Jahr vorgesehen. Das ist der Betrag, den die Textilindustrie als die höchstmögliche Ziffer zur Beschaffung von Wäsche für die Wiener Spitäler genannt hat. Nachdem im Vorjahr schon drei oder vier Millionen für Wäsche ausgegeben wurden, wird durch den neuerlichen Kredit für 1950 endlich der Wäscheskandal in den Spitälern ein Ende finden.

Das Kernstück der produktiven Leistung der Stadt Wien stellt die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, dar. Hier kommt die wirtschaftliche Absicht des Budgets voll zum Ausdruck. Die Vollbeschäftigung ist das Ziel und der Wohnungsbau der Weg dazu. Wiederholt von Beifall unterbrochen, stellte Stadtrat Resch fest, daß für 1950 allein für den Wohnungsneubau 297.8 Millionen vorgesehen sind. 1949 waren es 172.5 Millionen für knapp 3000 Wohnungen. Das bedeutet also eine Steigerung in diesem Jahr um 72 Prozent. Wenn man pro Wohnung 65.000 Schilling Kosten berechnet, so werden in diesem Jahr mindestens 4.500 Wohnungen gebaut werden. Dies ist ein Hoffnungsschimmer für die Wohnungslosen und für die Arbeitslosen die Gewähr, wieder Arbeit zu erhalten.

Aber nicht nur den Neubau muß man hervorheben, sondern auch den gesamten Bauaufwand für den Hochbau, Straßen, Brücken, Gärten, Märkte. Dafür waren im Voranschlag für 1949 400 Millionen vorgesehen. 1950 sind es 572 Millionen (Beifall bei der SPÖ). Außer 125 Millionen Mehrausgaben für Neubauten bedeutet dies noch 47 Millionen Mehrausgaben für sonstige Bauten.

Stadtrat Resch ging sodann näher auf die Frage der Wohnbaufinanzierung ein. Er stelle fest, daß der soziale Wohnungsbau durch die Gemeinde keine vorübergehende Einrichtung, sondern eine Daueraufgabe der Stadt Wien darstellt. Die Finanzierung ist daher nur aus laufenden Mitteln möglich. Nach diesem Krieg sind aber nicht nur der Wegfall von Wohnungen auszugleichen und der neu hinzukommende Bedarf zu befriedigen, sondern auch alle Folgen der 11 Jahre des Faschismus zu beheben. Stadtrat Resch gab daher die Erklärung ab, daß die Gemeinde Wien bereit ist, für diese einmalige zusätzliche Leistung, alles nachzuholen, was unsere Vorgänger versäumt haben, einen Kredit aufzunehmen. Der Zeitpunkt ist jedoch finanziell und volkswirtschaftlich gut zu überlegen. Finanziell wird er erst möglich sein, bis der Staatsvertrag fertiggestellt ist, weil sonst das Devisenrisiko zu groß ist.

Im Inland jedoch existieren keine liquiden Mittel. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist ein Kredit erst dann möglich, wenn die Bauindustrie zusätzliche Beschäftigung nötig hat. 1950 z.B. wird die Bauindustrie voll beschäftigt sein. Eine Aufblähung der Bauindustrie muss jedoch vermieden werden. Der richtige Zeitpunkt wird wahrscheinlich beim Wegfall gewisser ausländischer Hilfsmittel gekommen sein.

Die Gemeinden und Länder können jedoch die Probleme mit heutigen Mitteln nicht lösen. Die Wohnungsnot ist ja nicht nur ein Wiener Problem, sondern ein Problem Österreichs geworden. Es wird daher auch eine Bundesregelung zur Aufbringung zusätzlicher Mittel nötig sein.

Bei der Heranziehung privater Mittel muss bedacht werden, dass auf dem flachen Land der Wohnungsbau vor allem in der Form von Eigenheimen durchgeführt wird, die mit eigenen Mitteln und durch Nachbarhilfe gebaut werden. Der Betrag aus fremden Mitteln wird daher in der Regel relativ klein sein. Die Kreditkosten sind hier nicht entscheidend. Anders in der Stadt, wo die eigenen Mittel gering sind, und die Eigenhilfe fast keine Rolle spielt. Wenn die Wohnungsnot nicht nur für die Besitzenden behoben werden soll, sind grosse, fremde Mittel erforderlich. Die Kreditkosten sind entscheidend, da sich daraus die Höhe der Mietzinse ergibt. Kredite sind aber bei Sparkassen nur für 30 Jahre möglich, bei Hypothekenanstalten für 39 Jahre. Bei einem Hypothekarkredit für 30 Jahre betragen nun die gleichbleibenden Annuitäten 7.9 Prozent, bei 39 Jahren 7.4 Prozent, das sind also bei 60.000 Schilling Wohnungskosten 4.440 Schilling jährlich oder 370 Schilling monatlich. Das ist ein Betrag, den kein Arbeiter zahlen kann. Dazu kommen noch die Steuern, die Betriebskosten und die Erhaltungskosten. Nun haben wir auch die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften und -genossenschaften. So weit sie Eigenheime bauen, ist eine Unterstützung durch öffentliche Gelder unmöglich; denn privates Eigentum kann nicht durch öffentliche Unterstützung erworben werden. Auch ein Schlossermeister muss z.B. eine Maschine zu normalen Krediten erwerben. Öffentliche Mittel können daher nur für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Nun hat das Bauamt errechnet, dass der Bau von Siedlungshäusern mit den Aufschliessungskosten um 20 bis 25 Prozent mehr kostet

als der Hochbau. Ein Siedler müsste in Wien mindestens 15 bis 20.000 Schilling aufbringen, um einen öffentlichen Zuschuss zu rechtfertigen. Es ist aber volkswirtschaftlich falsch, gleichgültig woher die Mittel stammen, teurer zu bauen. Es muss daher festgestellt werden, dass der Siedlungsbau derzeit unmöglich ist, weil nur der Hochhausbau wirtschaftlich vertreten werden kann. Ein Ausweg wäre der genossenschaftliche Hochhausbau. Die Gemeinde Wien ist bereit, über solche Projekte zu verhandeln, falls ein Teil der Baukosten durch eigene Mittel und sonstige Kredite aufgebracht wird. Es wurde auch bereits untersucht, ob nicht die städtischen Unternehmungen in der Form von Werkswohnungen helfen können. So planen die Wiener Stadtwerke, 510 Wohnungen aus Krediten durch die ERP oder aus öffentlichen Mitteln zu bauen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Abschliessend stellte Stadtrat Resch fest, dass die Gemeinde bereit ist, jeden Weg mitzugehen, der zusätzliche Wohnungen schafft, wenn weniger öffentliche Mittel als durch den sozialen Wohnhausbau beansprucht werden, wenn die Mieten sozial vertretbar sind und wenn aus öffentlichen Mitteln kein Privatvermögen erworben wird und schliesslich wenn nicht teurer gebaut wird als die Gemeinde baut.

In der Geschäftsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, steigt der Aufwand von 80 Millionen auf 97 Millionen Schilling. Überdies ist rund 1 Million für die Kriegsschädenbehebung vorgesehen. In der Geschäftsgruppe VIII: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, ist eine Erhöhung der Ausgaben von 31,9 Millionen auf 39,7 Millionen vorgesehen. Die Wohnhäuserverwaltung allein wird Einnahmen von 27,1 Millionen und Ausgaben von 34,8 Millionen aufweisen, so dass sich ein Gebärungsabgang von 7.7 Millionen ergibt. Das heisst, dass die gesamte Wertabschreibung, die 7.9 Millionen ausmacht, in diesem Jahre zur Gänze aus Steuermitteln getragen wird. Das zeigt, dass alle Behauptungen und das Geschrei, das in den letzten Monaten erhoben wurde, völlig unberechtigt war. Ich weiss nicht, erklärt Redner zum Linksblock gewendet, ob in all den Staaten, die Sie immer so loben, die Verwaltung der öffentlichen Gebäude mit dem gleichen Entgegenkommen gegenüber den Mietern durchgeführt wird, wie in Wien. (GR. Maller: Wir werden Euch zeigen, dass es dort noch besser ist. - Lebhaftes Heiterkeit bei der SPÖ.)

Bei der Geschäftsgruppe IX: Wirtschaftsangelegenheiten, steigen die Ausgaben von 87 Millionen auf 99 Millionen. Für den Ankauf von Liegenschaften sind 7,8 Millionen vorgesehen, doch wird das wahrscheinlich nicht ausreichen, die notwendigen Grundankäufe für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien zu besorgen. Bisher wurden die Gründe im Wege des privaten Kaufes erworben, die Gemeinde war noch nicht ein einziges Mal gezwungen, von dem Enteignungsgesetz Gebrauch zu machen. Sollte es aber in Zukunft nicht gelingen, auf dem Wege des freien Kaufes die notwendigen Gründe zu erwerben, so wird Stadtrat Nathschläger gebeten werden müssen, von dem Enteignungsgesetz energisch Gebrauch zu machen. Wegen des Nichtvorhandenseins von Gründen darf das Wohnbauprogramm der Gemeinde weder aufgehalten, noch verzögert werden! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ).

In der Geschäftsgruppe X: Allgemeine Verwaltung, steigen die Ausgaben von 39 Millionen auf 41 Millionen. Das ist die einzige Geschäftsgruppe, deren Einnahmen gesunken sind. Die tatsächliche Ausgabensteigerung von 4 Millionen wird im wesentlichen für die Feuerwehr aufgewendet, für die überdies im außerordentlichen Aufwand 2 1/2 Millionen vorgesehen sind; davon entfallen 2 Millionen allein für den Wiederaufbau der Hauptfeuerwache Favoriten. Der Bundespolizeikostenbeitrag ist mit 12,1 Millionen, also 7 Schilling je Kopf der Bevölkerung, im wesentlichen unverändert geblieben.

Schließlich berichtigte der Stadtrat Behauptungen eines Bundesrates, die dieser bei einer Protestkundgebung über die Randgemeinden aufgestellt hatte. Vorerst müsse festgestellt werden, daß eine Besatzungsmacht ihre Zustimmung zu diesem Trennungsgesetz verweigert habe, und es ist nicht richtig, daß die Gemeinde in den vergangenen 4 Jahren 25 Millionen Schilling investiert habe, wogegen sie jährlich 25 Millionen Schilling aus den Randgemeinden einnimmt. So wurden beispielsweise für Schulen in den Randgemeinden 10,5 Millionen, für den Wohnungsbau 9,5 Millionen, für den Straßenbau 14 Millionen ausgegeben, insgesamt für Anschaffungen und Investitionen 64 1/2 Millionen. Es ist sicher, daß Wien in diesen 4 1/2 Jahren für diese Randgemeinden mehr getan hat, als sie selbst im Stande sein werden, wenn sie einmal, auf ihre eigenen Finanzkräfte gestützt, selbständig die Verwaltung werden führen müssen.



Abschliessend stellt Stadtrat Resch fest: Die Gemeindeverwaltung hat sich bemüht, für das Jahr 1950 ein Budget zu erstellen, das bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand einen möglichst grossen Teil ihrer Einnahmen für produktive Zwecke ausgibt, die unmittelbar der Wirtschaft zugute kommen und damit die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten sichern sollen. Es war keine leichte Arbeit, dieses Ziel zu erreichen. Nur durch die reibungslose Zusammenarbeit aller Funktionäre dieser Stadt, vom Bürgermeister angefangen, über die Stadträte, ohne Unterschied der Partei, über die Gemeinderäte bis zu den Fürsorgeräten, nur durch die verständnisvolle <sup>Mit-</sup>arbeit aller Angestellten der Stadt konnte das Investitions- und Beschaffungsprogramm aufgestellt werden, das wir heute mit Stolz dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Viele notwendige und dringende Verwaltungsaufgaben mussten zurückgestellt, viele längst fällige Anschaffungen aufgeschoben und auf manche Verschönerung oder Verbesserung unserer Einrichtungen verzichtet werden. Die Gemeindeverwaltung will damit zum Ausdruck bringen, dass sie die Vollbeschäftigung der Arbeiter dieser Stadt als das wirtschaftliche und politische Zentralproblem Wiens und Österreichs, ja aller freien, demokratischen Staaten Europas, ansieht. Die Vollbeschäftigung ist nicht allein ein wirtschaftliches Problem, sie ist vielmehr das politische Problem Österreichs und Europas. Das Problem bedrückt alle Staaten Europas und alle Staaten bemühen sich, es zu lösen. In den Diktaturen versucht man, es mit Zwangsmassnahmen zu lösen, ob auf Dauer mit Erfolg, wird erst die Geschichte lehren. In demokratischen Staaten muss die hiezu erforderliche zusätzliche Arbeit ohne Zwang durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel erreicht werden. Ein Herr von Arbeitslosen gefährdet den sozialen Frieden jedes Landes. Mit Zukunftshoffnungen allein kann die soziale Ruhe nicht aufrechterhalten werden. Die Arbeiter und Angestellten Österreichs wollen Brot und Freiheit, nicht Brot allein, aber auch nicht Freiheit allein. Der soziale Friede ist aber dort am meisten gefährdet, wo Arbeiter und Angestellte in grosser Zahl das Schicksal der Arbeitslosigkeit teilen, also in der Großstadt. Wien ist im Bezug auf die soziale Ruhe in Österreich der neuralgische Punkt unseres Landes. Hier in Wien

entscheidet es sich, ob Österreich in Ruhe aufgebaut werden kann, oder ob sein Aufbau durch soziale Unruhen gestört und gefährdet wird. Daher haben der Bund und alle anderen Länder und Gemeinden Österreichs ein eminentes Interesse daran, die Vollbeschäftigung in Wien zu erhalten. Was die Gemeinde Wien zur Lösung dieses Problems leistet, leistet sie nicht für Wien allein, sondern im Interesse der sozialen Ruhe im ganzen Lande. Sie erwartet aber auch dafür, dass ihre Bestrebungen volles Verständnis beim Bund und den übrigen Gebietskörperschaften Österreichs finden werden und dass der Gemeinde die Mittel nicht verwehrt werden, die sie zur Erfüllung dieser wichtigen politischen Aufgabe braucht.

Unser Budget der grosszügigen Arbeitsbeschaffung ist aber auch ein wertvoller Beitrag zu dem grossen politischen Kampf um Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit. Nur wenn es uns gelingt, die Wirtschaft Wiens wieder aufzubauen und damit die Vollbeschäftigung unserer Arbeiter und Angestellten zu sichern, nur wenn die ganze Bevölkerung dieser Stadt versteht, dass in Notzeiten alle Menschen Opfer bringen müssen, dass nicht der eine Vermögen sammeln kann, während die Massen darben, nur dann wird unser Kampf um unsere Freiheit und um unser Selbstbestimmungsrecht vom ganzen Volke getragen werden und damit unüberwindlich sein. Weil wir ein freies Volk in einem freien Staate bleiben wollen, darum müssen wir bauen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Bevor der Bürgermeister dem ersten Debatteredner das Wort erteilt, erklärt er, bezugnehmend auf den Antrag wegen einseitiger Handhabung der Geschäftsordnung: Ich weiss nicht, ob ich betroffen bin, aber für meine Person versichere ich, dass ich die Unparteilichkeit wahren werde. Er schlägt sodann die Reihenfolge der Debatteredner vor, wogegen kein Einspruch erhoben wird.

Als erster Debatteredner erklärt GR. Wicha (WdU) einleitend, dass es der Voranschlag für das Jahr 1950 an der nötigen Detaillierung und Klarheit fehlen lasse, der WdU aber grundsätzlich für die Annahme des Voranschlages sei. Er regt an, das Interesse der Gemeindemitglieder, denen nach der Stadtverfassung das Recht der Einsichtnahme zusteht, in Form einer Leistungsvorschau zumindest während der einwöchigen Auflegzeit zu wecken und zu fördern.

Die Erläuterungen zum Voranschlag führen nur in äußerst bescheidenem Ausmaß die unbedingt erforderlichen statistischen Daten an, die für eine ernste Prüfung des Voranschlages unentbehrlich sind. So fehlen beispielsweise Angaben darüber, über wieviele Kraftwagen, insbesondere Dienstkraftwagen, der Fuhrpark verfügt. Gegenüber dem Aufwand für Kraftwagen jedes Funktionärs in der Höhe von 33.000 Schilling, beträgt der gleichartige Verwaltungskostenbeitrag für jeden Kontrollamtsangestellten 543 Schilling. Es ergibt sich die Frage, ob manche Fahrten der 12 gewählten Gemeindefunktionäre wichtiger sind, als Dienstfahrten der Kontrollamtsbeamten zur Prüfung der Geschäftsbearbeitung der Dienststellen und zur Abstellung von Unzukömmlichkeiten.

In Bezug auf die Gewerbesteuer ist es fraglich, ob der Ansatz erreicht werden kann und ob die bisherigen monatlichen Einnahmen den Optimismus rechtfertigen, den die Steigerung um 154 Millionen Schilling gegenüber 1949 zum Ausdruck bringt. Gerade die Wiener Messe ist ein ausgezeichnetes Wirtschaftsbarometer; es haben aber alle Aussteller über den schlechten Geschäftsgang geklagt, da die ausländischen Kunden fast gänzlich fehlten und die inländischen Käufer auch wenig Kauflust zeigten. An der Leitung der Wiener Messe, die nicht nur die Miete der Kojen um zirka 25 Prozent erhöhte, sondern auch die Eintrittspreise ganz wesentlich hinaufsetzte, ist stärkste Kritik zu üben. (GR. Marek: Das sind Hoffmanns-Erzählungen!)

Der Redner regt an, an Stelle der Jagdsteuer anlässlich des Abschlusses der Jagdpachtverträge eine entsprechend hohe Verwaltungsabgabe einzuhoben und richtet weiter an den Finanzreferenten die Bitte, beim nächsten Finanzausgleich zu trachten, daß der Beitrag zum Ausgleich des Bundeshaushaltes im Hinblick auf die schweren Schäden dieser Stadt wesentlich niedriger gehalten wird.

Der Ausgabenpost der Subventionen stimmt der WdU in der Erwartung zu, daß eine unparteiische Aufteilung erfolgt und die Beträge womöglich nicht in Raten, sondern auf einmal gewährt werden.

Wir hoffen, schließt der Redner, daß unter Reserven auch jene Posten untergebracht werden, die zum teilweisen Abbau des Unrechts, der unsozialen Härten und Expropriierungen notwendig sind.

GR. Lauscher (Linksblock) betont, das vorliegende Budget des Wiener Gemeinderates sei für jeden österreichischen Demokraten niederdrückend und besorgniserregend. Die Frage des Staatsvertrages sei noch immer ungelöst, im Februar dieses Jahres hatten wir in Österreich 200.000 Arbeitslose, davon allein in Wien mehr als 50.000. Zehntausende Wiener seien wieder von der Angst vor Arbeitslosigkeit beherrscht, diese Arbeitslosigkeit habe auch alle anderen Marshall-Plan-Länder bereits erfaßt, in Westdeutschland gebe es allein 2.3 Millionen, in Frankreich und Italien je 3 Millionen Arbeitslose, eine Reservearmee, um auf die übrigen Arbeiter einen Lohndruck ausüben zu können. Der Marshall-Plan sei nicht jene großzügige Hilfe, als die er immer dargestellt werde. (Zwischenrufe bei den Sozialisten: Aber Altmann hat dafür gestimmt!) - GR. Jirava: Die Tschechoslowakei war auch zuerst dafür! - Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.)

Es entspreche nicht den Tatsachen, daß eine größere Bautätigkeit die Arbeitslosigkeit in Österreich beseitigen könne, da sich die Arbeitslosen auf viele Berufe verteilen. Das sei darauf zurückzuführen, daß seit 1947 die Einfuhr von Fertigwaren ständig steige und die Einfuhr von Rohstoffen dauernd zurückgehe.

Österreich brauche den Abschluß von Handelsverträgen mit den Nachbarländern und der sozialistischen Sowjetunion. Der Ausbau des Verkehrs auf der Donau wäre für Wien von großer Bedeutung. Im vorliegenden Budget sind aber für den Ausbau des Wiener Donauhafens keine Mittel vorgesehen. Auch auf dem Gebiete der Energieversorgung und der Errichtung von Kraftwerken werde das Wiener Becken vollständig vernachlässigt.

Das alles sei das Ergebnis einer planmäßigen antiösterreichischen Politik unserer Regierung und hänge auf das engste mit der ungelösten Staatsvertragsfrage zusammen. (GR. Mühlhauser: Mit der ungelösten Erbsenfrage! - Zustimmung.) Es sei den Regierungsparteien nicht gelungen, Österreich aus den internationalen Auseinandersetzungen fernzuhalten, es wurde vielmehr zu einem Bollwerk des kapitalistischen Westens.

Während der weiteren Ausführungen des Redners, in denen er sich mit den Gründen der Verhinderung des Staatsvertrages auseinandersetzt, kommt es mehrfach zu erregten stürmischen Szenen zwischen den Gemeinderäten der Sozialistischen Partei und des Linksblocks.

In Wien werde nach einem zwischen der ÖVP und SPÖ abgeschlossenen Pakt regiert, der auch dazu geführt habe, dass der zweite Vizebürgermeister der ÖVP zum ersten Landeshauptmannstellvertreter und der erste SPÖ-Vizebürgermeister zum zweiten Landeshauptmannstellvertreter wurde. Wichtige Magistratsabteilungen, die früher SPÖ-Stadträten unterstanden, wurden ÖVP-Stadträten unterstellt, die Gemeinderäte der ÖVP haben in den Gemeinderatsausschüssen Positionen angenommen, die im Gegensatz zur Verfassung der Stadt Wien stehen.

Es sei auch bemerkenswert, dass das vorliegende Wiener Budget zuerst auf einer Parteikonferenz der ÖVP beraten wurde, dann erst sei es einer Konferenz der SPÖ vorgelegt worden, und erst einen Tag vor der öffentlichen Auflegung hätten die Volksvertreter Wiens den Budgetvoranschlag zugeschickt erhalten.

Besonders augenfällig sei die vollständige Unterwerfung Wiens unter die Politik der Regierungskoalition und die Preisgabe jedweder selbständigen Finanzpolitik seitens der Gemeinde Wien. Breitner würde sich im Grabe umdrehen, wenn er dieses Budget sehen würde! (GR. Marek: Er würde Ihnen bei dieser Rede nicht ins Gesicht schauen, sondern Ihnen das Hinterteil zeigen! - Grosse Heiterkeit. - Stadtrat Afritsch: In einem Jahr wird es der Seitz sein, von dem Ihr redet!) Bei einer solchen Finanzpolitik könne es in Wien keinen Fortschritt geben. Vizebürgermeister Weinberger habe am 10. März dieses Jahres dem toten Führer der christlichsozialen Partei, Dr. Lueger, die stolze Meldung erstatten können, dass es heute mit dem Roten Wien vorbei sei. (Widerspruch bei den Sozialisten. - GR. Dr. Altmann: Es sind seine eigenen Worte!) Auch in einem Artikel habe er kürzlich der Sozialistischen Partei das Zeugnis ausgestellt, dass die Sozialisten seit langem nicht mehr vom Roten Wien geredet und geschrieben haben. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Gebaut ist aber trotzdem worden!) Der Linksblock betrachte es als seine Aufgabe,

die Lebensinteressen der Wiener Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung von Wien rückhaltlos und konsequent zu vertreten. (Ironische Heiterkeit.) Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, den Wiederaufbau Wiens rascher und planmässiger durchzuführen. (Zwischenruf bei der ÖVP: Dann dürft Ihr den Wiederaufbau nicht sabotieren!)

Das Glanzstück der Wiener Gemeindeverwaltung, das Wohlfahrtswesen, sei in seinen Ausgaben seit 1946 um fast zehn Prozent herabgesetzt worden, auch die für Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge präliminierten Mittel seien viel zu gering. Für die 3.500 Obdachlosen und die zehntausenden Wohnungslosen bestehe keine Hoffnung, ein Dach über den Kopf zu bekommen. Der Optimismus, mehr als die Hälfte der für den Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser vom Bund aufgewendeten Mittel für Wien zu bekommen, sei vollkommen unberechtigt, man erwecke damit bei den Wohnungssuchenden trügerische Hoffnungen.

Die für Neubauten vorgesehenen Mittel werden nie im vollen Masse verwendet: im Jahre 1947 wurden von 15 Millionen Präliminare nur 3.8 Millionen ausgegeben, im Jahre 1948 statt 92 Millionen nur rund die Hälfte, nämlich 47 Millionen. Im Vorjahr seien nach Ausführungen von Vizebürgermeister Weinberger um mindestens tausend Wohnungen weniger gebaut worden, als man versprochen hatte. Es sei auch ungewiss, wieviel Wohnungen mit den heuer zur Verfügung gestellten Mittel gebaut werden. (Stadtrat Afritsch: Er hat das Referat nicht gehört! War er draussen? - GR. Sigmund: Es war schon vorher aufgeschrieben! - Heiterkeit.) Es kommt darauf an, wie man hinhört. (Zwischenruf bei der ÖVP: Sie sind eben ein schlechter "Lauscher"! - Heiterkeit.)

Der Redner beschäftigt sich sodann mit angeblichen Plänen, den Mieterschutz abzubauen und zitiert Ausführungen des Stadtrates Dkfm. Nathschläger, wonach in Hinkunft 15 Prozent des Einkommens für die Miete der Wohnungen aufgewendet werden sollen. (GR. Wicha: Hört! Hört!) Es werde also eine wesentliche Erhöhung der Mietzinse eintreten. (Ein Grossteil der Gemeinderäte der Koalitionsparteien verlässt nach und nach den Sitzungssaal.)

Die Praxis bei der Vergebung freiwerdender Wohnungen sei in der Wiener Bevölkerung nur allzu bekannt. Die Protektionswirtschaft im Wohnungsreferat sei ein Krebsgeschwür, das weiter fresse und immer unerträglicher werde, und sie habe alle amtsführenden Stadträte im Wohnungsamt überlebt.

Der Redner kommt dann auf die Personalpolitik der Gemeinde Wien zu sprechen. Die Gemeindangestellten, die mit ihren Familien einen großen Prozentsatz der Wiener Bevölkerung ausmachen, gehören zu den schlechtest bezahlten Arbeitnehmern. Ein Teil der städtischen Angestellten ist dazu noch ständig vom Abbau bedroht. Vor der Wahl hat zwar der damalige Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten, Vizebürgermeister Honay, erklärt, es wäre, soweit es überhaupt geht, ein Abbau zu vermeiden. Nun sind aber die Wahlen vorbei und Vizebürgermeister Honay hat dem neuen Amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten keine leichte Aufgabe hinterlassen, nämlich die Durchführung eines gewissen Abbaues. Nach der Meinung des GR. Lauscher wäre es jedoch bei der Fülle von Aufgaben und Arbeiten, die die Stadt Wien zu bewältigen hat und selbstverständlich bei einer wirklich fortschrittlichen Politik der Gemeindeverwaltung möglich, einen Abbau der städtischen Angestellten zu vermeiden.

Der Redner erwähnt dann die Notwendigkeit einer weitblickenden Verwaltung. Die Entwicklung der Stadt muß planmäßig erfolgen. Wir sind im Bau-, Schul- und Gesundheitswesen weit zurück. Es ist bisher nichts geschehen, um Pläne auf lange Sicht zu entwickeln. Nicht einmal in städtebaulicher Hinsicht ist dies der Fall, so daß unsere Stadtplanung nicht einmal den Namen "Stadtplanung" verdient. Wir haben kein Projekt für die Hafenanlagen, für eine Schnellbahn, keines für die Assanierung von überalterten Stadtteilen, für die Anlagen von Grünflächen, die Schaffung neuer Krankenhäuser und die Modernisierung der bestehenden Anstalten. Das Unvermögen zu einem großzügigen schöpferischen Plan des Wiederaufbaues und Neuaufbaues unserer Stadt ist die Perspektivlosigkeit der gegenwärtigen Stadtverwaltung. Das ist aus dem vorgelegten Budget klar ersichtlich. Dieses Budget entspricht den Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht. Der Linksblock lehnt es daher ab.

GR. Guger (Linksblock) stellt einleitend fest, dass er kein Mitglied der KPÖ ist und nicht als Vertreter dieser spricht, sondern als Vertreter der Linksozialisten. (Zwischenruf bei der ÖVP: Warum so verschämt!) Er zieht einen Vergleich zwischen dem heurigen Budget und dem der Jahre vor 1934. Er erklärt, dass der Bankrott der Wiener Rathauspolitik noch nie so klar zu Tage getreten ist, wie aus dem heurigen Budget. (Erregte Zwischenrufe bei der SPÖ, sodass der Redner minutenlang seine Ausführungen unterbrechen muss.) Was seinerzeit selbstverständlich war, nämlich der soziale Wohnhausbau, wird heute als besondere soziale Errungenschaft hingestellt. Die Ursache liegt nach der Meinung des Redners darin, weil ein Finanzgenie, wie es Breitner war, niemals ein solches Budget mit so lächerlichen Ansätzen wie dieses gebracht hätte. (Abermals langanhaltende Zwischenrufe.)

GR. Guger erklärt dann, dass die Mietzinse in den Gemeindebauten von Jahr zu Jahr steigen. Es wird dadurch der private Hausbesitzer gleichfalls zu Zinssteigerungen ermutigt. Es muss gebaut werden und zwar rasch und grosszügig und die Wohnungen müssen mit einem niedrigen Zins vergeben werden. Dass gebaut werden muss, darüber sind sich ja alle Parteien dieses Hauses klar, es handelt sich nur darum, wer die Kosten dieses Baues trägt. Ein Traum der ÖVP ist es, die Mietzinse zu erhöhen und den Mieterschutz zu beseitigen. Die Linksozialisten sind jedoch der Meinung, dass die Bevölkerung nicht einmal mehr die geringsten Lasten auf sich nehmen kann. Der Linksblock steht auf dem Standpunkt, dass am Mieterschutz nicht gerüttelt werden darf und die Kosten für die Wohnung nicht erhöht werden dürfen. Es soll auf Kosten der Reichen für eine ausreichende Altersrente, gesunde Volkswohnungen usw. gesorgt werden. Da dieses Budget jedoch den Grundsätzen seiner Partei nicht entspricht, lehnt GR. Guger es im Namen des Linksblocks ab. (Zwischenruf bei der SPÖ: Sie haben vergessen, Herrn Scharf für das Ihnen überlassene Manuskript zu danken!)

Als nächster Redner des Linksblocks sprach GR. Dr. Soswinski. Er stellte eingangs fest, dass die Behandlung des Voranschlages der Stadt Wien allen demokratischen Prinzipien widerspricht. Nach einer Vorbereitung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit



vor sich ging, wird der Voranschlag den Gemeinderäten überreicht. Für die Mehrheitsparteien ist dieses Verfahren ungeheuer einfach, Ihre Gemeinderäte brauchen bei der Abstimmung nur ja zu sagen. Selbst die primitiven Beratungsmöglichkeiten, die das österreichische Parlament gibt, sind in Wien nicht gebräuchlich. Die Abgeordneten des Wiener Gemeinderates haben nur acht Tage für das Studium eines Eineinhalb-Milliarden-Budgets Zeit.

GR. Dr. Soswinski ging sodann auf die Besprechung der Grundlagen ein, ohne die, wie er sagte, über den Voranschlag gar nicht ernsthaft gesprochen werden kann. Die Stadt Wien blickt auf eine langjährige Erfahrung in einem jahrzehntelangen Kampf um ihre Finanzhoheit zurück. Die Mehrheit dieses Hauses hat früher ihren Ehrgeiz daran gesetzt, die Interessen der Stadt wahrzunehmen. Seit 1946 aber verzichtet sie Stück für Stück auf ihre Rechte. Der Referent betonte, dass das Notopfer, das 1949 gebracht wurde und 1950 wieder gegeben werden wird, auf einer völlig falschen Annahme beruhe. Er stellte im Verlauf seiner Ausführungen fest, dass der Bund dieses Notopfer gar nicht brauche, denn Ende 1949 waren im Staatshaushalt 1,5 Milliarden Schilling Mehreinnahmen zu verzeichnen, dazu kommen noch 245 Millionen der Besatzungskostensteuer. Daraus ergibt sich, dass 1949 von einem Staatsdefizit keine Rede sein kann.

In diesem Zusammenhang verlangte der Redner, dass die Gemeinde Wien, ähnlich wie beim Bund das Finanzministerium, die Ergebnisse der verschiedenen Steuern monatlich veröffentlicht.

Sodann ging GR. Dr. Soswinski auf das Budget der Stadt Wien ein, das er durch Beispiele erläuterte. Er bezeichnete es als ein Budget der Angst vor der Krise. Die österreichische Krise habe eine besondere Eigentümlichkeit. Sie sei eine importierte Krise und dieser Import kommt aus Amerika. Die Marshall-Hilfe hat eine Fehlentwicklung der österreichischen Wirtschaft mit sich gebracht, die Österreich zu einem Kolonialland herabwürdigt, aus dem mehr Rohstoffe als Fertigware ausgeführt werden. Der Redner kritisierte auch die mangelnde Abschöpfung der grossen Gewinne und Profite in Österreich. Wenn es nach dem Grundsatz ginge "die Reichen sollen zahlen", könnten z.B. viel mehr Wohnungen gebaut werden. Als Beispiel für die grossen Profite von Unternehmungen führte er die Perlmöser-Zementfabrik an, deren Gesamtjahresgewinn mehr als 12 Millionen Schilling beträgt.

In der kapitalistischen Wirtschaft kann man eine ernste Preisherabsetzung nicht erzwingen, aber man könnte den Reingewinn einer solchen Besteuerung unterziehen, daß man daraus zusätzlich Wohnungen bauen könnte. Das ist jedoch nur ein Beispiel. Insgesamt haben die Profite in Österreich 12 Milliarden Schilling ausgemacht.

Man hat statt dessen die Ausgaben aller Verwaltungszweige zurückgedrängt. Alle Geschäftsgruppen, außer der Gruppe Bauangelegenheiten, haben einen geringeren Ansatz als im Vorjahr, wenn man die Preiserhöhungen berücksichtigt.

Dr. Soswinski beschäftigte sich dann im Detail mit den Ansätzen der Geschäftsgruppe Finanzwesen. Im Zusammenhang mit der starken Steigerung der Ansätze für die Gewerbesteuer, wies der Redner auf das Anwachsen des Kapitalismus in Österreich hin. Bei der Lohnsummensteuer bemängelte er, daß dieser Posten nicht wahrheitsgemäß eingesetzt sei. Bei der Grundsteuer kritisierte er die Bemessung und stellte fest, daß sie für die Siedler zu hoch sei. Die Gebrauchsgebühren werden von Jahr zu Jahr hinaufgesetzt. Der Schuldendienst weist eine Steigerung um 50 % auf, die durch die Schilling-Abwertung verursacht wurde. Schließlich wendet sich der Redner gegen die Art der Verrechnung der Wertabschreibungen.

Zusammenfassend kann man sagen, fuhr Dr. Soswinski fort, daß die Stadtverwaltung durch die Wertabschreibungen, durch die Gebrauchsgebühren, Wegebenutzungsgebühren usw. aus Unternehmungen und Betrieben in diesem Jahr über 50 Millionen Schilling herauszieht.

Obwohl sämtliche Länder und daher auch Wien auf den Zuschlag zur Mineralölsteuer verzichten mußten, bekommt die Gemeinde Wien im nächsten Jahr noch um eine halbe Million Schilling weniger. Die Stellung des Bundes in der Frage der Erhaltung der Straßen zeigt deutlich, wie man Jahr um Jahr die Rechte der Stadt Wien mehr und mehr aufgegeben hat.

Wenn der Herr Finanzreferent bei der Frage der Forderungen der öffentlichen Angestellten nach dem Nachziehverfahren erklärte, er sehe nur zwei Möglichkeiten, so muß auf Grund der Entwicklung der Ertragsanteile gesagt werden, daß man dieses Nachziehverfahren aus den Mehreingängen an Steuern finanzieren muß.

Abschliessend erklärt der Redner: Dieses Budget zeigt, dass man die notwendigen Ausgaben bei allen Verwaltungsgruppen unsozial, engherzig und rücksichtslos gekürzt hat, dass man wie bisher nichts tut, die Rechte der Stadt und des Landes Wien zu sichern und dass man den Abbau der schon bisher geringen sozialen Leistungen auch in diesem Jahr fortzusetzen gedenkt. Das Budget zeigt weiterhin, dass man gar nicht gewillt ist, die Interessen des arbeitenden Volkes von Wien im Kampf um eine Besteuerung des Profites zu vertreten. Das Budget ist ein Anhängsel der Regierungspolitik, und aus allen diesen Gründen stimmt die kommunistische Fraktion dagegen.

GR. Dipl. Ing. Keller erklärt im Hinblick auf die Wiener Messe, dass wir uns unserer Leistungen in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe nicht zu schämen brauchen. Wir produzieren sehr viel, aber nur wenig davon ist für uns selbst, da, da es die Bevölkerung nicht kaufen kann. Wir bekommen vom Ausland Kredite, Maschinen und Rohstoffe, aber die Kreditgeber bekommen dann wieder die Waren. Die Ursache für unser wirtschaftliches Elend liegt in der Verwältung des Geldwesens, bei der ein neuer Weg beschritten werden muss. Die Gemeinde Wien vertritt zirka 30 Prozent unserer Bevölkerung, sie muss daher im höchsten Masse daran interessiert sein, dass die Österreichische Nationalbank, dieses wichtige Institut unserer Wirtschaft, einer Kontrolle unterzogen wird. Die Österreichische Nationalbank druckt unser Staatsgeld ganz ohne Kontrolle, sie erteilt Kredite ohne Kontrolle, sie setzt den Zinsfuss selbstherrlich fest - es ist immer ein Wucherzinsfuss -, sie ruft abwechselnd Inflation und dann wieder Deflation hervor. Dadurch ruft sie die schwere Wirtschaftskrise hervor, unter der wir alle leiden. Es ist die Pflicht des Gemeinderates, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Redner nimmt sodann Bezug auf eine Nachricht der "Salzburger Nachrichten", wonach die auf Grund von Bundesschatzscheinen an Industriebetriebe gewährten Kredite im Betrage von 705 Millionen Schilling gekündigt werden sollen, und macht darauf aufmerksam, dass diese Industriebetriebe dieses Kapital natürlich nicht liquid haben. Es ist zu befürchten, dass diese Unternehmungen zusammenbrechen, und wenn man nicht rechtzeitig eingreift,

besteht Gefahr, daß durch die so verminderten Steuereingänge sogar das vorgelegte Budget in Frage gestellt wird. Verhindert man dies aber, so wird die Einhaltung unserer Budgets sehr erleichtert.

Der Voranschlag ist sehr gewissenhaft ausgearbeitet, und er werde, erklärt der Redner abschließend, als Parteiloser selbstverständlich für seine Annahme stimmen.

GR. Schwaiger (ÖVP) betont, die Beratung des Haushaltsplanes sollte eigentlich die heiligste und verantwortungsvollste Arbeit des Gemeinderates sein, und so sei es auch die vergangenen vier Jahre gewesen. Nie sei es notwendig gewesen, auch nur eine einzige Budgetpost während der Beratungen abzuändern. Dies sei jedoch im Wiener Rathaus derzeit nicht möglich, die Vertreter der ÖVP hätten daher bei der Bildung der jetzigen Wiener Landesregierung immer wieder darauf hingewiesen, daß die Verfassung der Stadt Wien endlich einmal geändert werden müsse. Die im Jahre 1918 beschlossene Verfassung der Stadt Wien sei alles andere als ein demokratisches Instrument. (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie sei ein Mittel, um der SPÖ alle Machtmittel in die Hand zu geben. (GR. Frieda Nödl: Aber auf demokratischer Grundlage!) Damit sei es aber seit 1945 und 1949 endgültig vorbei: aus der Stadt einer Partei ist wieder die Heimstätte eines ganzen Volkes, ist wieder die Stadt aller Wiener und Wienerinnen geworden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) Daher werden die Vertreter der Volkspartei nicht eher ruhen und rasten, bis auch in der Verfassung dieser Stadt ein wirklich echter und wahrer demokratischer Geist seinen Einzug gehalten hat. (Erregte Zwischenrufe bei den Sozialisten.)

Die ÖVP ist nach den Wahlen des Oktober 1949 wieder in eine Koalition im Rathaus eingetreten, weil der Wiederaufbau und Wiederaufstieg unserer Stadt nur durch vernünftige Zusammenarbeit erreicht werden kann.

Die anderen beiden Gruppen seien von Haus aus von einer Koalition ausgeschlossen gewesen; die Gruppe der Kommunistischen Partei Österreichs deshalb, weil ihre Redner auch heute wieder den schlagenden Beweis erbracht haben, daß ihr Streben dem Streben nach Wiederaufbau und Wiedergenesung unserer Stadt diametral entgegengesetzt ist.

Die ÖVP wolle nochmals ihrer Freude darüber Ausdruck geben, dass die Wiener Bevölkerung und das gesamte österreichische Volk über diese Männer, die sich zu Unrecht, ja zur Schmach des österreichischen Staates österreichische Staatsbürger nennen, endgültig den Stab gebrochen haben. (Starker Beifall bei der Volkspartei.)

Die zweite Gruppe, die WdU, wisse selbst noch nicht, was sie eigentlich wolle. Sie werde genau so rasch von der Bildfläche verschwinden, wie sie aufgetaucht sei. (GR. Doppler: In Innsbruck hat es schliesslich anders ausgeschaut.) Ja, Sie sind weniger geworden. (Heiterkeit. - GR. Doppler: Nur abwarten!)

Die Volkspartei sei mit dem ehrlichen Willen und mit innerer Bereitschaft in diese Koalition eingegangen, in dem Bestreben, damit dieser Stadt und ihrer Bevölkerung, die sie als ihre Vertreter in diese Körperschaft entsandt habe, am besten zu dienen, und zwar trotz der Erfahrungen, die die ÖVP mit den Sozialisten als Koalitionspartner gemacht haben. Die Volkspartei habe die Pflichten, die ihr aus der Koalition erwachsen sind, immer hundertprozentig erfüllt.

Zum Voranschlag selbst übergehend, erklärt der Redner, dass der Betrag von 121 Millionen hoffentlich ausreichen werde, um die Kriegsschäden in Wien soweit zu beheben, dass Wien wieder sein gewohntes friedensmässiges Bild zeigen wird. Die wahrhaft grossen Leistungen seit 1945 seien nur dank des ungeheuren Opferwillens der schwer geprüften Wiener Bevölkerung möglich gewesen, und es gebühre dieser Bevölkerung dafür der herzlichste Dank des Wiener Gemeinderates. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Das Defizit im ausserordentlichen Budget von 70 Millionen Schilling müsse durch Einsparungsmassnahmen und Kreditoperationen ausgeglichen werden. Es sei erstaunlich, dass der amtsführende Stadtrat hier keinen Weg zu einer Lösung sehe. Die Kreditinstitute der Gemeinde Wien bewilligen den Gemeinden, Städten und Ländern grosse Kredite - sogar unter dem üblichen Zinsfuss -, daher müsse es möglich sein, auch für die Behebung der Kriegsschäden in Wien Kredite zu bekommen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Im ordentlichen Voranschlag könne man mit ruhigem Gewissen von einem ausgeglichenen Budget sprechen. Der Redner stehe nicht an, dem Finanzreferenten für seine vorbildliche Leistung und al-

len Arbeitern und Angestellten, die bei dieser Arbeit <sup>zu</sup> mitgeholfen haben, den Dank der Wiener Bevölkerung zum Ausdruck/bringen.  
(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)

Zur Verringerung der Personallasten müsse der Weg eingehalten werden, bei Erreichung des entsprechenden Lebensalters und auch Dienstalters konsequent und ohne Ausnahme zur Pensionierung zu schreiten. Dadurch werde einerseits der Personalüberhang abgebaut, andererseits werde jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich eine Existenz im Dienste der Stadt Wien zu sichern.

Durch verschiedene Bonifikationen, besonders durch entsprechende Abfertigungen, soll vor allem jungen Ehefrauen der Anreiz gegeben werden, ihren Arbeitsplatz aufzugeben und zu ihrer Familie zurückzukehren.

Eine/sehr brennende und dringende Frage dieser Tage und Wochen sei auch das Nachziehverfahren für die öffentlich Angestellten. Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei sind bemüht, die berechtigten Wünsche der öffentlich Angestellten, die zu den schlechtest bezahlten gehören, zu berücksichtigen. Es ist dies nicht nur zur Erhaltung der Familien, sondern auch zur Reinheit der Verwaltung unbedingt notwendig. Die entsprechende Bezahlung der öffentlich Angestellten wird nur dann möglich und gewährleistet sein, wenn die Zahl jener Menschen, die für soziale Produkte arbeiten, zu der Zahl jener, die das soziale Produkt zu verwalten haben, in einem gesunden Verhältnis steht.. Erst wenn dies so ist, wird es keine Sorgen mehr bereiten, die entsprechenden Löhne und Gehälter zu geben. Derzeit gestehen über die Art und Weise, wie dieses Nachziehverfahren durchgeführt werden soll, ziemliche Meinungsverschiedenheiten. Die Österreichische Volkspartei tritt dafür ein, dass in erster Linie das Existenzminimum jedes öffentlich Angestellten gesichert wird und dann erst auch für die besser bezahlten Kategorien gesorgt werden soll.

Der Redner kommt dann zur Frage der Personalvertretungen.

Er erklärt, seine Partei ist kein Gegner der Gewerkschaft, im Gegenteil, sie unterstützt die Gewerkschaft bei allen ihren berechtigten Wünschen und Forderungen, aber was sich auf diesem Gebiet vor allem in den unteren und untersten Instanzen tut, hat mit wirklicher Interessenvertretung aller Angestellten unserer Stadtverwaltung nicht mehr zu tun; es ist die reinste Freunderlwirtschaft. Er glaubt, es müßten alle vernünftigen Kräfte innerhalb der Verwaltung und innerhalb der Gewerkschaft möglichst rasch eingreifen und diese Übergriffe aus der Welt schaffen.

Im Anschluß daran spricht GR. Schwaiger allen Bediensteten und Angestellten der Stadt Wien für ihre wirklich vorbildliche Arbeit im Namen seiner Fraktion den herzlichsten Dank aus.

Zum Kapitel Finanzwesen erwähnt der Redner, daß ohne Einführung neuer Steuern und Abgaben rund 400 Millionen Schilling mehr Einnahmen veranschlagt wurden als im Jahre 1949. Dieser Mehrertrag an Steuern und Abgaben ist ein klares Zeichen, daß es mit unserer Wirtschaft aufwärtsgeht. Wir hoffen, über die ersten Krisen der Nachkriegswirtschaft hinweggekommen zu sein. Es sollen in nächster Zeit ernste Verhandlungen mit dem Koalitionspartner geführt werden, ob es nicht möglich wäre, die eine oder andere Steuer, z.B. die Gewerbesteuer, zu ermäßigen. Die steuerliche Belastung der Wiener Bevölkerung beträgt pro Kopf und Jahr 640 österreichische Schilling.

Das Kapitel Kultur sei heuer noch spärlicher bedacht worden wie im Vorjahr. Der Amtsführende Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe wird sich jedoch sicher ganz entschieden dagegen zur Wehr setzen. Die ausgeworfenen 12 Millionen Schilling dürfen uns nicht täuschen, denn in diesen ist auch der Kultur Groschen enthalten und auch 1 1/2 Millionen Schilling Sport Groschen. Und dieser Kultur- und Sport Groschen wird ja nicht von der Gemeinde Wien hergegeben, sondern sie verwaltet ihn nur treuhändig. Dieses wichtige Gebiet, auf dem Wien eine so große Tradition zu vertreten und zu bewahren hat, sollte nicht allzusehr vernachlässigt werden. Wir müssen jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um diesem Sektor zu helfen.

Im Wohlfahrts- und Gesundheitswesen stehen den Ausgaben von 420 Millionen Schilling Einnahmen von rund 220 Millionen Schilling gegenüber. Das Jahresdefizit beträgt also rund 200 Millionen Schilling. Hier müssen alle Mittel und Wege gesucht werden, um diesen Fehlbetrag auf ein erträgliches Mass hinunterzudrücken. Es ist an keine Herabsetzung der Fürsorgerenten und dergleichen gedacht, sondern wir denken daran, dass es höchste Zeit wäre, Krankenfürsorge der Stadt Wien und Krankenfürsorge der Krankenkassen in ein gesundes und vernünftiges Verhältnis zu bringen. Er fordert den Stadtrat für Finanzwesen und den Stadtrat für das Gesundheitswesen dringendst auf, möglichst rasch Ordnung und ein gesundes Verhältnis zu schaffen.

Das Kapitel VI, Bauwesen, weist die grösste Ausgabenpost auf. Der grosse Betrag von 297 Millionen Schilling für den Neubau von Wohnungen fällt besonders auf. Wir wissen, dass die Bautätigkeit der Mittelpunkt der gesamten Wirtschaft ist und dass diese Bautätigkeit dazu beitragen wird, die Vollbeschäftigung und den Lebensstandard dieser Stadt zu sichern. Wenn wir mit offenen Augen durch die Stadt gehen, sehen wir, was seit 1945 auf dem Gebiete des Aufbaues geleistet wurde. Trotzdem hat Herr GR. Lauscher erklärt, dass in Wien auf diesem Gebiet überhaupt nichts geleistet wurde. Wenn aber schon gar nichts geleistet worden wäre, das eine hätten wir gemacht, die Strecke Wien - Prag in Ordnung zu bringen, damit Herr Lauscher nach Prag fahren kann. (Beifall bei den Parteigenossen. Linksblock: Wenn ihr zerspringt, wir bleiben da! - GR. Schwaiger: Die Eisläuferin Vrzaňčva hätte ihnen bestimmt gerne ihre Retourkarte abgetreten. Starker Beifall.) Der Redner spricht dann seine Freude über den geplanten Bau von 4500 Wohnungen im Jahre 1950 aus und hofft, dass dies auch verwirklicht wird.

GR. Schwaiger kommt auf Stadtrat Rohrhofer zu sprechen, der mit heutigem Tag sein Amt zurückgelegt hat. Es sei nicht zuletzt sein Verdienst, dass heute die Parkanlagen und die Bäder unserer Stadt wieder in Ordnung sind. Der Redner sprach ihm dafür im Namen der Wiener Bevölkerung unter dem Beifall der Abgeordneten der Volkspartei den Dank aus.



Als eines der schwierigsten Probleme der Wiener Gemeindeverwaltung bezeichnete der Redner die Befriedigung des Wohnungsbedarfes der Wiener Bevölkerung.

Zur Frage der Zinsbildung in den kommenden Jahren sagte GR. Schwaiger: Jeder, der es wirklich ehrlich mit Österreich meint, und die ruhige Entwicklung unserer Heimat nicht stören will, wird nur rein sachlich und ohne parteipolitische Ziele an die Lösung dieses Problem es herangehen. Der Redner stellte ausdrücklich fest, dass keine Instanz der ÖVP zu der in einigen Tageszeitungen veröffentlichten Neubildung der Zinse Stellung genommen hat. Niemand in Österreich denkt daran, den Mieterschutz oder den Kündigungsschutz anzugreifen oder aus der Welt zu schaffen. Abschliessend bemerkte er: wie viele schwierige Fragen seit 1945 durch ruhige, ernste und sachliche Verhandlungen zwischen den beiden grossen Parteien gelöst wurden, so wird auch diese Frage im besten Einvernehmen zum Nutzen des gesamten österreichischen Volkes gelöst werden. (Stürmischer Beifall bei der ÖVP.)

Zu der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten sprechend, begrüsst GR. Schwaiger, dass den Wiener Schulkindern die Lernbehelfe kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel hierzu stammen aber von der gesamten Wiener Bevölkerung, darum haben auch alle Kinder darauf Anspruch. Die ÖVP verlangt deshalb, dass auch den Privatschulen diese Lehrmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Es gibt in Österreich kein Erziehungsmonopol. Wenn sich heute die Eltern entschliessen, ihre Kinder in eine Bekenntnisschule zu schicken, dann soll den Eltern daraus kein finanzieller Nachteil erwachsen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Zum Kapitel Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sprach der Redner über die Bestellung der Wiener Bezirksvertretungen. Er forderte den Bürgermeister auf, möglichst rasch die Bestellung der Bezirksvertretungen zu bewerkstelligen. (Erneuter Beifall bei der ÖVP.)

Bei den Standesämtern erneuerte der Redner die Forderung der ÖVP auf Anerkennung der kirchlichen Trauung. Er forderte die Sozialisten auf, auf diesem Gebiete ihre Stellungnahme zu revidieren und das Naziehegesetz abzuschaffen.

Dann ging GR. Schwaiger auf das Problem der Randgemeinden ein, über das Stadtrat Resch gegen Ende seiner Ausführungen gesprochen hatte. GR. Schwaiger stellte dazu fest: Wir sind es nicht gewohnt, dass Abgeordnete in ihrer Abwesenheit angefleht werden und weisen dies auf das Schärfste zurück. (Entrüstung bei der SPÖ und Beifall bei der ÖVP.) Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wurde der Redner wiederholt von Zwischenrufen der Sozialisten unterbrochen. Die Gemeinde hat es sich vorbehalten, alle Investitionen in die Randgemeinden nach Abtretung dieser Gebiete sich zurückgeben zu lassen. Er stellte fest, dass also die Randgemeinden nicht so sehr im Unrecht sind, wenn sie behaupten, dass sie von der Gemeinde Wien gerade sorgfältig behandelt werden. Er gab seiner Verwunderung Ausdruck, dass die Vertreter der Stadt Wien den Randgemeinden in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit einen Vorwurf machen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Es sollte sich niemand aufregen, wenn dieses Problem wieder in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wird. (Stadtrat Afritsch: Verzeihen wir ihm er ist kein Spezialist in Randgemeindenfragen!)

Jeder ehrliche und redlich denkende Mensch muss offen sagen, dass dieses Budget einen glänzenden Rechenschaftsbericht für diesen Gemeinderat darstellt. Es geht daraus klar und eindeutig hervor, dass hier gute Arbeit geleistet wurde. Vom obersten Mandatar bis zum kleinen Bezirks- und Fürsorgerat, vom Magistratsdirektor bis zum letzten Amtsgehilfen hat in den letzten fünf Jahren jeder seine Aufgabe hundertprozentig erfüllt.

Mit Stolz können wir sagen, dass auch die Mandatare und Vertreter der Österreichischen Volkspartei ihre Aufgabe auf den ihnen zugewiesenen Sektoren voll und ganz erfüllt haben. Der Einfluss dieser Partei ist aus dem Geschehen dieser Stadt nicht mehr wegzudenken. Aus der Stadt einer Partei ist tatsächlich eine Stadt aller Wiener und Wienerinnen geworden!

Wesentlich mehr hätte geleistet werden können, wenn man dieser Stadt und diesem Land das primitivste Recht, seine Freiheit gegeben hätte. Es ist die grösste Schande dieses sogenannten demokratischen Jahrhunderts, dass man diesem Land fünf Jahre nach der Befreiung noch immer nicht die Freiheit gegeben hat. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.) Der Redner schliesst mit einem Appell an die grossen Vier, uns endlich das zu geben, was man uns schon jahrelang verspricht. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt einleitend, daß man äußerst dankbar dafür sein müsse, daß es wieder möglich ist, das Budget in diesem Hause demokratisch zu beraten. Wenn heute angeregt wurde, diesem Budget eine Leistungsschau vorangehen zu lassen, dann muß man darauf antworten: wer mit offenen Augen durch Wien geht, der sieht diese Leistungsschau. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn man freilich so spät zurückkommt, wie der Herr GR. Wicha, dann fehlt einem der Vergleichsmaßstab. (Heiterkeit.)

Die Vorgänger in diesem Haus haben nichts hinterlassen als leere Kassen, Staatspapiere und einige Schulden. Alle bisherigen Budgets seit 1945 sind unter irgend einem besonders ungünstigen Stern gestanden. 1946 hieß es in der Einleitung: "Dieses Budget wurde im Einvernehmen mit dem Finanzkomitee der Wiener Alliierten Militärregierung erstellt", 1947 wurde die Drucklegung wegen Stromabschaltungen verzögert usw. Man kann daher nicht mit normalen Maßstäben messen. Auch über dem heurigen Budget steht eine Anzahl von Fragezeichen. So die Frage, welche Lasten uns der Staatsvertrag bringen wird, die Frage der Personallasten und des Finanzausgleiches. Man soll auch nicht übersehen, daß im Jahre 1945/46 die Chance bestanden hat, die Wirtschaft in diesem Staate neu zu ordnen. Doch hat das Verstaatlichungsgesetz viele Betriebe nicht erfassen können, weil sie als Deutsches Eigentum von ausländischen Konzernen verwaltet werden.

Das Budget für 1950 ist gegenüber den Ansätzen von 1946 auf das Vierfache gestiegen und hat damit mit der allgemeinen Entwicklung Schritt gehalten. Wir können uns aber nicht mit dem Zustand zufrieden geben, daß die Länder und Gemeinden bei den Steuerermäßigungen des Bundes doppelt so hart wie dieser getroffen werden. Durch die Verhandlungskunst der Länder und Gemeinden, vor allem der des Stadtrates Rosch ist es gelungen, den ursprünglich vorgesehenen Betrag von 600 Millionen Schilling, der den Ländern und Gemeinden entzogen werden sollte, auf 200 Millionen Schilling herunterzudrücken, wobei Wien mit 66,7 Millionen Schilling belastet wurde.

Gegenüber den Ausführungen des GR. Schwaiger, die Steuerlasten in Wien seien an die Grenzen des Erträglichen gestiegen, erklärt der Redner, der Betrag von 600 Schilling pro Kopf müsse

in Gemeindesteuern und in die Ertragsanteile, die dem Bund zufließen, geteilt werden. Die Gemeindesteuern, die mit 512 Millionen Schilling veranschlagt sind, ergeben 270 Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Doch wird ein Großteil dieser Steuern gar nicht von den kleinen Leuten getragen. Wenn man die Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, Jagdsteuer usw. die nicht von den kleinen Leuten getragen werden, abzieht, so bleibt für die kleinen Leute ein verhältnismäßig niedriger Betrag von rund 8 Millionen Schilling übrig.

Es ist zu begrüßen, daß der Gedanke einer Reduzierung des Personalaufwandes allmählich Platz greift und man sich, ohne einen rigorosen Abbau durchzuführen, doch mit dem Gedanken befreundet, das Personalbudget nicht weiter anwachsen zu lassen.

Der Betrag von 421.8 Millionen Schilling, für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, der immerhin einem Viertel des Budgets entspricht, beweist, daß sich die Stadtverwaltung ihrer sozialen Verantwortung bewußt ist. In diesem Betrag ist auch eine Post für die sogenannten Fondkrankenanstalten inbegriffen, die das Budget sehr belastet, und es sollte der klinische Betrieb dieser Anstalten, zumindest was seine finanzielle Seite betrifft, einer Revision unterzogen werden.

Was das produktive Budget betrifft, wird der Effekt des Bauens leider nicht in dem notwendigen Maße sichtbar. Es wird dabei immer wieder übersehen, daß Wien im Kriege 87.000 Wohnungen verloren hat und daß in Wien in der Zeit seit 1934 80.000 Wohnungen weniger gebaut wurden, als es dem Durchschnitt 1923/1934 entsprechen hätte. Wien hat daher einen Ausfall von mindestens 160.000 Wohnungen zu verzeichnen. Dieser Rückstand kann nicht innerhalb kurzer Zeit aufgearbeitet werden.

Die Förderung des sozialen Wohnhausbaues sei eine große politische und soziale Aufgabe der Stadt Wien, um Wohnungen zu einem erträglichen Zins zu bauen und um das Problem der Arbeitsbeschaffung in dieser Stadt zu lösen. Das Problem der Arbeitsbeschaffung sei durchaus ein politisches, und es gäbe Kräfte in Österreich - nicht Kapitalisten! - , die auf die psychologischen und politischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit warten, um mit diesen armen Teufeln ihr politisches Geschäft treiben zu können. (Lebhafte Zustimmung bei SPÖ und ÖVP.)

Eine Gegenüberstellung der produktiven Leistungen aus der besten Zeit vor 1934 und der Leistungen im Jahre 1950 zeige, dass heute auf diesem Gebiete weitaus mehr geschieht. Im Jahre 1931 wurde für Kindergärten und Horte ein Betrag von 700.000 Schilling ausgeworfen - heute 8 1/2 Millionen; für Spitäler und Wohlfahrtsanstalten damals rund 1,4 Millionen - heute rund 19,9 Millionen; für den Wohnungsbau standen damals 95 Millionen zur Verfügung - heute 298 Millionen, einschliesslich der Behebung von Kriegsschäden über 367 Millionen Schilling; im Strassenbau waren es damals 10 Millionen Schilling - heute 20 Millionen; beim Brückenbau damals 1,4 Millionen - heute 21,7 Millionen; Kanalanlagen damals 1,2 Millionen - heute 8,5 Millionen. Es ist also auf allen Gebieten eine gewaltige Steigerung eingetreten.

Zu den Ausführungen von Vorrednern über das Problem der Randgemeinden erklärt der Redner, dass dieses Problem ja nicht von ~~daß dieses Problem 5 Jahre nach der Befreiung noch bestehe, selber entstanden sei~~ daran trage weder die Landesregierung von Niederösterreich, noch die Wiens die Schuld, auch nicht das österreichische Parlament oder die Bundesregierung.

Für die kommenden Gemeinderatswahlen in Niederösterreich brauchte man einen neuen Wahlschlager, und der lautet: "Die Stadt Wien boutet die Randgemeinden schamlos aus."

Der Redner wendet sich in diesem Zusammenhang in scharfen Worten gegen einen Bericht in der "Mödlinger Zeitung" über eine in Mödling abgehaltene Parteikonferenz der ÖVP-Mandatare der Randgemeinden. Vor allem die Abgeordnete Solar habe aufgerufen "endlich das Joch abzuschütteln und zum Freiheitskampf gegen die Stadt Wien anzutreten". Bundesrat Weinmayer habe bei dieser Versammlung von der Vernachlässigung der Randgemeinden durch Wien gesprochen, dass das Rathaus in tausendfachem Lichterglanz erstrahle, während in Mödling nur jede vierte Strassenlampe brenne.

Es sei doch nicht Wien, das Niederösterreich das Recht vor-enthält, seine Randgemeinden zurückzubekommen. Zur Lösung aller Randgemeindeprobleme bestehe der sogenannte Vierzehner-Ausschuss, dem Vertreter aller drei Parteien der Wiener und der niederösterreichischen Landesregierung angehören. Allerdings gestaltet sich die Erledigung der dem Ausschuss übermittelten Fragen dadurch schleppend, dass alle Schriftstücke den 14 Mitgliedern des Aus-

schusses im Aktenumlauf zugemittelt werden.

Stadtrat Nathschläger habe als inoffizieller Teilnehmer dieser Konferenz erklärt, die dort vorgebrachten Argumente seien so schlagkräftig gewesen, dass sie nicht widerlegt werden könnten. (Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten.) Es gehe aber nicht an, dass ein Wiener Landesregierungsmitglied solchen Ausführungen, in denen die Stadt Wien in derart unsachlicher und unrichtiger Weise angegriffen wird, zustimmt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn man die aussenpolitische Entwicklung seit 1938 betrachtet, muss man sagen, dass es seither viele Abkommen gegeben hat. Zwei gelten jedoch auf jeden Fall noch: das Abkommen von Jalta über die Besetzung des europäischen Raumes und das Abkommen von Potsdam über das Deutsche Eigentum. In den von der Bundesregierung gemachten Vorschlägen ist eine Anzahl von Punkten enthalten, die auch die Arbeit der Gemeinde Wien wesentlich erleichtern würden. Es handelt sich um die Abstandnahme von Verhaftungen, die Durchführung ordnungsgemäss zustandgekommener Gesetze usw. Wir können diese Forderungen für den Gemeinderat nur unterstreichen. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, die Sozialisten hätten ihre grosse sozialistische Linie verlassen. Dazu muss ich sagen, wir Sozialisten leiden unter dem, was unter der Flagge der KP täglich in der Welt draussen geschieht. (Starker, anhaltender Beifall bei den Sozialisten.) Wenn in den Zeitungen immer wieder geschrieben wird, dass Otto Bauer das Wort geprägt hat, "Hände weg von der Sowjet-Union", so können wir dies nur unterstreichen. (Erregte Zwischenrufe beim Linksblock.) Die Dinge liegen so, dass die Sowjet-Union in einem sozialistisch verwalteten Europa einen besseren Schutz gehabt hätte, als in dem künstlich aufgezogenen Eisernen Vorhang. (Beifall bei den Sozialisten und Zwischenrufe beim Linksblock.) So hat Erwin Scharf, als er noch ausserhalb der KP stand, einmal geschrieben: "Die Kommunistische Partei hatte ihre Arbeit mit einer grossen Illusion begonnen. Sie hat geglaubt, mit Unterstützung der Roten Armee die Mehrheit bekommen zu können."

Sie ist gescheitert am Benehmen zahlreicher Soldaten der Roten Armee gegenüber der österreichischen Bevölkerung. Infolgedessen mußte auch die Kommunistische Partei ihre Methoden ändern. Es kam ihr darauf an, rasch groß und mächtig zu werden. Dazu waren ihr alle Mittel recht. Wir haben keine Ursache uns darüber zu freuen, daß die Kommunisten auf eine abwegige Bahn geraten sind." Es könnte noch eine Anzahl anderer Beispiele angeführt werden, wie dieser Gegensatz entstanden ist und sich vertieft hat. Der Gegensatz, der darin besteht, daß auf der einen Seite die Beteuerungen zur großen Friedensbereitschaft sind und auf der anderen Seite steht das, was wirklich geschieht. Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen Panzer und Panzer. (Erregte Zwischenrufe beim Linksblock.) Über die Friedensbereitschaft zu sprechen, die in Österreich besteht, ist überflüssig. Es ist überflüssig, in österreichischen Blättern, die ins Ausland gehen, zu schreiben, daß Österreich beabsichtigt, aufzurüsten, weil ich nicht weiß, welchen außenpolitischen Effekt wir damit erzielen möchten. Wir haben nicht die Absicht, uns von irgend einer Seite, Ost oder West, in einen Konflikt hineinzuziehen zu lassen. Der Rodner erklärt, daß die Haltung der Kommunisten Partei nun eindeutig die einer Oppositionspartei ist und daß man nach der Wahl aus ihrem bisherigen Verhalten im Wiener Gemeinderat die Konsequenz gezogen hat. Es ist uns sympathischer, wenn wir wissen, daß wir es mit einer wirklichen Opposition in allem und jenem zu tun haben, als wenn wir immer wieder Beteuerungen hören. Im vergangenen Jahr wurden zum Beispiel von der Fraktion des Linksblocks, bzw. der KPÖ 165 Anträge und Anfragen im Gemeinderat eingebracht. (Mallon: Was hat das mit Opposition zu tun?) Es hat das damit zu tun, daß in diesem Haus wertvolle und nützliche Zeit für diese wertlosen Dinge verwendet wurde.

Zum Abschluß gibt GR. Dr. Stemmer für seine Fraktion dem Budget die Zustimmung.

Stadtrat Resch erklärte in seinem Schlusswort, er wolle sich nicht mit den Dingen beschäftigen, die die Oppositionsredner im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan, der Bundespolitik u.dgl. vorbrachten, also mit Dingen, die nicht unmittelbar mit der Gemeindeverwaltung zusammenhängen. Er beschäftigt sich sodann mit jenen Einwänden, auf die er als Verwalter der Gemeindefinanzen zu erwidern hat. Er beschäftigt sich mit der Anfrage des GR. Wicha, ob Einwände gegen das Budget erhoben wurden. Der Voranschlag war vom 13. bis 18. März zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Es haben jedoch nur zehn Bürger Einsicht genommen und nichts gegen den Voranschlag vorgebracht.

GR. Wicha hat ferner bekrittelt, dass pro Dienstaute und Jahr 33.000 Schilling veranschlagt sind. Diese Rechnung stimmt aber nicht, weil in der Präsidualpost nur der Wagen des Bürgermeisters und nicht die Wagen der Stadträte enthalten sind, dagegen aber die Wagen des Präsidiums, der Pressestelle und der Bezirksvorsteher. Es handelt sich hier jedoch nicht um ständige Dienstaautos, sondern um Autos, die bei Bedarf angefordert werden.

Dann wandte sich Stadtrat Resch den Ausführungen GR. Lauschers zu. Er hielt dessen Worten über den Marshall-Plan entgegen, dass der Plan neben seiner allgemeinen wirtschaftlichen Bedeutung auch für Wien eine direkte Bedeutung hat: Aus den Marshall-Plan-Geldern wurden an die Gemeinde Wien selbst Kredite gegeben. So haben die Stadtwerke Kredite erhalten, dann gab es Kredite aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds. Ferner hat die Stadt Wien 22 Millionen für den Bau von Werkwohnungen angesprochen. Der Plan hat also auch unmittelbar für die Stadt Wien seine Bedeutung.

Im allgemeinen stellte Stadtrat Resch zu den Ausführungen der kommunistischen Debatteredner fest, dass die Grundlage der hohen produktiven Leistungen dieses Budgets der Mut sei, mit dem die Gemeinde Wien Steuern verlangt und die Opferfreudigkeit, mit der die Bevölkerung diese Steuern bezahlt.

Zu der Kritik, dass Elektrizitätskraftwerke im Westen und nicht im Osten Österreichs entstehen, bemerkte Stadtrat Resch, dass sich eben die Gebirgswässer, die dazu notwendig sind, im Westen befinden. Das Flusskraftwerk Ybbs-Persenbeug könne deswegen nicht gebaut werden, weil es heute noch als Deutsches Eigentum unter sowjetischer Verwaltung steht.



Zu dem Vorwurf, Wien betreibe keine selbständige Finanzpolitik, sondern hänge im Schlepptau des Bundes, sagte der Referent, er habe schon nachgewiesen, dass 81 Prozent der Mehreinnahmen des Jahres 1950 allein aus Steuern, Abgaben und Gebühren fließt. Dies sei wohl ein unwiderlegbarer Gegenbeweis.

Wegen der Notopfer an den Bund stellte er fest, dass die Kommunisten genau wissen, warum die Sanierung des Bundeshaushaltes so schwierig war, weil nämlich ein Überhang aus dem Jahre 1948 ungedeckt geblieben ist und man ausserdem damals mit der Fertigstellung des Staatsvertrages rechnen und dafür eine Post bereitstellen musste. Es ist vollkommen falsch zu sagen, dass Wien und seine Wirtschaft <sup>nicht</sup> vom Bund abhängig ist. Eine nicht gesicherte Währung bedeutet für die Stadt genau so den Ruin wie für alle anderen Länder und Gemeinden.

Stadtrat Resch stellte weiter fest, er habe überhaupt den Eindruck, dass die Grösse des Budgets und die hohen produktiven Aufwendungen den Vertretern der Kommunistischen Partei über die Leber gelaufen sind. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) 300 Millionen für den Wohnhausbau, 40 Millionen für die Strassen, neue Schulen, neue Bäder, der Wiederaufbau von Spitälern, neue Kindergärten, das sind Leistungen, die man nicht einfach hinwegreden kann.

Zu der Behauptung, dass die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen zurückgegangen seien, nannte Stadtrat Resch einige Ziffern zur Widerlegung: während es 1934 306 Kindergärten und Horte gegeben hat, waren es 1949 414 und Ende des Jahres 1950 werden es 455 Kindergärten und Horte sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. - Stadtrat Afritsch: Maller aufschreiben! Sonst verdreht er es wieder! - Stadtrat Resch: Das nützt leider nichts!)

Der Referent beschäftigte sich dann mit dem Vorwurf, dass die Gemeinderäte nur acht Tage Zeit gehabt hätten, das Budget zu studieren. Er anerkannte die Berechtigung dieses Vorwurfes, er gab aber zu bedenken, dass sonst die Budgetberatungen nicht rechtzeitig vor Ablauf des Provisoriums hätten zu Ende geführt werden können.

Zu dem Wunsch nach monatlicher Veröffentlichung der Steuereingänge stellte Stadtrat Resch fest, dass dies im Finanzausschuss geschehen sei.

Als jedoch die Volksstimme am 15. Mai<sup>1949</sup> seine Mitteilungen in völlig entstellter Weise gebracht habe, mußte er die Informationen einstellen. Er sei bereit, sie wieder zu geben, wenn er die Sicherheit habe, daß damit kein Mißbrauch getrieben werde. Zur Frage der Grundsteuer erklärte der Stadtrat, er gebe zu, daß die derzeitige Regelung völlig unbefriedigend ist, weil alle jene, die die Grundsteuer schon vor dem Jahre 1941 bezahlt haben, diese nun nach dem Erstarrungsbetrag zahlen, während alle jene, die in Häusern wohnen, die erst nach dem Jahre 1941 grundsteuerpflichtig wurden, nach dem Einheitswert bemessen werden. Daß hat zur Folge, daß gerade die Kleinwohnungen ungünstiger herauskommen. Da aber die Grundsteuer eine Bundessteuer ist, kann das nur durch den Bund geregelt werden. Es finden bereits Verhandlungen im Finanzministerium statt, um eine Regelung dieser Frage womöglich noch im heurigen Jahre in die Wege zu leiten. Man wird zu einer Lösung kommen müssen, daß man<sup>in</sup> irgend einer Form den Wert der Realität und des Bodens zur Grundlage der Steuerbemessung nimmt und daneben eine zweite Steuer schafft, durch die versucht wird, unsere alte Wohnbausteuer in irgend einer Form wieder so herzustellen, daß die Progression, das ist die starke Besteuerung der Großwohnungen, gewahrt bleibt.

Die Beanstandung des Gemeinderates Dr. Soswinski, daß die Gebrauchsgebühren höher geworden seien, bezeichnete der Referent als unrichtig. Auch die Wegebenutzungsgebühr beträgt 3 % des Gesamtumsatzes, und wenn der Umsatz des Unternehmens steigt, so steigt damit auch automatisch die Gebrauchsgebühr, was zu den höheren Ansätzen führt. Neben diesen Gebrauchsgebühren wird von keiner der Unternehmungen eine Benutzungsgebühr für Grund und Boden bezahlt.

Der Säumniszuschlag ist deswegen geringer geworden, weil seine Einhebung durch Bundesgesetz einheitlich geregelt wurde. Die Erhöhung des Schuldendienstes ist eine Folge der geänderten Devisenkurse. Bei den Wertabschreibungen handelt es sich nicht um irgend eine doppelte Abschreibung sondern um Durchführungsposten.

Die Ausführungen des GR. Dipl. Ing. Keller über die Nationalbank halte er, so erklärt St. R. Resch, etwas übertrieben. Auch wirtschaftete die Nationalbank nicht kontrollos, denn es besteht ein Generalrat, in dem verschiedene Körperschaften vertreten sind. Überdies ist das Nationalbankgesetz ein Provisorium, und es ist anzunehmen, daß der Nationalrat noch heuer ein neues Gesetz beschließen wird.

Auf die Anregung des GR. Schwaiger, Kredite bei den eigenen Instituten, der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien und der Städtischen Versicherung aufzunehmen, erwidert der Referent, daß es sich bei solchen Krediten um Hunderte von Millionen handeln müßte, wozu keine der beiden Anstalten in der Lage sei.

GR. Schwaiger meinte, daß der Kulturgroschen und der Sportgroschen nicht von der Gemeinde kommen und es falsch wäre, diese Ausgaben in Rechnung zu stellen. Abgesehen davon, daß es nicht darauf ankommt, woher das Geld kommt, sondern darauf, wieviel Geld die Gruppe Kultur aufwenden kann, ist auch der Einwand unrichtig, daß dieses Geld nicht von der Gemeinde kommt. Der Kulturgroschen wird bei den Kinos eingehoben, die Steuerobjekte der Gemeinde sind. Wenn die Gemeinde zustimmt, daß ihr Steuerobjekt nur wegen der Einheitlichkeit der Regelung vom Bund in Anspruch genommen wird, so stellt die Gemeinde dem Bund ihrer Steuerobjekt de facto zur Verfügung. Sie hat damit zur Kenntnis genommen, daß um den gleichen Betrag die Möglichkeit der Steuerbelastung der eigenen Steuerquellen verringert wird. Das kommt noch viel deutlicher beim Sportgroschen zum Ausdruck, der heute 10% der Einnahmspreise ausmacht. Jede größere Veranstaltung, insbesondere mit ausländischen Teilnehmern, scheitert heute, wenn die gesamte Vergnügungssteuer und der Sportgroschen voll vorgeschrieben werden. Es werden derzeit Verhandlungen geführt, um solche große Veranstaltungen dadurch zu ermöglichen, daß bei der Vergnügungssteuer mindestens um das Ausmaß des Sportgroschens, meist sogar noch mehr nachgelassen wird, damit wir den Sportgroschen erhalten.

Zu der Beanstandung des GR. Schwaiger über mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Gebietskrankenkasse und der Stadt Wien erklärt der Redner, daß seit mehr als einem Jahr Verhandlungen

stattfinden und daß die Gebietskrankenkasse zugesagt habe, daß in Wien keine Neuerungen oder Investitionen durchgeführt werden, die nicht vorher gemeinsam besprochen worden.

Zur Befürchtung des GR. Schwaiger, daß die in der Geschäftsgruppe VI eingesetzten Boträge nicht zur Verbauung gelangen könnten, sprach der Redner die Hoffnung aus, daß es trotz dieser im Hinblick auf gewisse Engpässe berechtigten Bedenken gelingen werde, die 300 Millionen tatsächlich umzusetzen.

Die Forderung des GR. Schwaiger, Lehrmittel auch für Privatschulen zu geben, halte er für ein Politikum; die Privatschulen sind keine Pflichtschulen. Wer sein Kind dorthin schicke, weiß, daß er dort von der Gemeindeverwaltung keine Lehrmittel bekommt. Der Gemeinde könne nicht zugemutet werden, ihre Gelder für Privatschulen zu verwenden. Es ist für keine Verwaltung möglich, Geld zur Verfügung zu stellen, das andere verwalten. Wenn wir die Schulen auch verwalten, dann wird auch die Möglichkeit bestehen, ihnen die gleichen Zuwendungen zu geben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Zu der Beschuldigung, einen Bundesrat angeflügelt zu haben, erklärte der Redner, sich dessen nicht bewußt zu sein, irgend einen Ausdruck gebraucht zu haben, der dem Herrn GR. Schwaiger das Recht geben würde, das als Flegelrei zu bezeichnen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Wenn er aber so empfindlich ist, dann müsse er sagen, daß, wie aus den Zeitungen zu entnehmen ist, sowohl die Rede des Stadtrates Nathschläger wie die der beiden anderen Vertreter der ÖVP. die größere Flegelrei zu sein scheint. Wenn der Herr GR. Schwaiger gesagt hat, daß die für die Randgemeinden getätigten Investitionen ersetzt werden, dann könne er nur sagen, er wäre froh, wenn er einen Teil der Investitionen tatsächlich bekommen würde.

Abschließend erklärt der Referent: Der Widerspruch, den dieses Budget bei einer Partei dieses Hauses gefunden hat, zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Ich bin überzeugt, daß es uns in diesem Land trotz aller demagogischen Verhetzungen gelingen wird, ohne Gewalt und ohne Zwang, in voller Freiheit, diese Stadt wieder aufzubauen.

Wenn uns dieser Aufbau gelingt, wenn <sup>wovon</sup> wir überzeugt sind - es uns gelingt, die Vollbeschäftigung wieder so zu erreichen wie 1949, dann, glaube ich, kann das ganze Haus den Ansätzen des Voranschlages der Gruppe Finanzwesen zustimmen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ).

Vorsitzender Bürgermeister Dr.h.c. Körner erteilt dem Amtsführenden Stadtrat Dkfm. Nathschläger das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Amtsführender Stadtrat Nathschläger teilt mit, daß er seinerzeit rein spontan zu der in Mödling abgehaltenen Kundgebung gegangen sei, um zu hören, was die Vertreter der 97 Randgemeinden zu sagen hätten. Er habe weder die Legitimation der Wiener Landesparteileitung der Österreichischen Volkspartei noch eine Legitimation als Mitglied der Wiener Landesregierung oder des Wiener Stadtsenates besessen, dort im Namen dieser Körperschaften das Wort zu ergreifen. Bei seinen Ausführungen habe er sich auf den Boden des sowohl vom Wiener Landtag als auch vom niederösterreichischen Landtag im Juli 1946 beschlossenen Gebietsänderungsgesetzes gestellt. Er habe festgestellt, daß sich aus der Verzögerung des Inkrafttretens dieses Gesetzes Schwierigkeiten ergeben hätten, die auf den Einspruch einer Besatzungsmacht gegen das Gesetz zurückzuführen seien. Das Echo, das seine Ausführungen gefunden hätten, sei nicht das erfreulichste gewesen, da er versucht habe, die Interessen der Gemeinde Wien zu vertreten. Er habe es als bitter empfunden, daß Stadtrat Resch in diesem Zusammenhang von einer Flegellei seiner Person gesprochen habe. Es sei nicht seine Schuld, daß der Pressebericht anders gelautet habe. Als Parteipolitiker stehe es ihm frei, eine Stellungnahme abzugeben, er sei sich jedoch bewußt, daß er der Gemeinde Wien zu dienen habe, der er einen Eid geschworen habe, und er habe nie die Interessen der Gemeinde Wien verletzt. Er müsse daher so wohl die Ausführungen des Gemeinderates Stemmer als auch des Stadtrates Resch zurückweisen. Er glaube, mit seinen Ausführungen hinlänglich den Beweis erbracht zu haben, daß er sich bei der Versammlung korrekt benommen habe, und weise nochmals den Vorwurf der Flegellei auf das Entschiedenste zurück. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des II. Hauptstückes, Finanzwesen, des ordentlichen Voranschlages der Stadt Wien ohne Abänderung mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag der GRs. Wicha und Genossen, betreffend die vorsorgliche Bildung eines Fonds zur künftigen Deckung von spätestens bei Abschluß des Staatsvertrages der Gemeinde Wien entstehenden Lasten für Entschädigungen, wird dem Gemeinderatsausschuß II zugewiesen.

Der Gemeinderat geht sodann in die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, ein. (GR. Helene Potetz übernimmt den Vorsitz.)

Amtsführender Stadtrat Fritsch bringt dem Gemeinderat die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, zur Kenntnis, wonach die Personalausgaben in der Hoheitsverwaltung 503 Millionen Schilling betragen, wozu noch 359 Millionen für die Bediensteten der städtischen Unternehmungen kommen, also insgesamt werden im Jahre 1950 für die Bediensteten der Stadt Wien 862 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der Personalstand in den städtischen Betrieben beträgt 22.261 Bedienstete, in der Hoheitsverwaltung 37.239 Bedienstete. Ein Rückblick über den Beschäftigtenstand in den letzten Jahrzehnten zeige, daß er bei den Unternehmungen der Gemeinde Wien fast gleichgeblieben sei. 1918 betrug er 26.967, 1934 21.496, und zwar trotz der Zunahme des Gas- und Stromverbrauches und trotz des Ausbaues der Verkehrsbetriebe; 1947 betrug der Beschäftigtenstand in den Betrieben 23.407.

Anders freilich verhalte es sich bei der Hoheitsverwaltung, wo es 1918 18.048 Bedienstete gab, 1934 15.980 - also fast 2.000 weniger - ; obwohl sich damals die Agenden der Stadtverwaltung ständig vermehrten, wurde damals der Beschäftigtenstand auf das notwendige Mindestmaß beschränkt. Dann war bis 1948 ein ständiges Steigen zu beobachten. Der höchste Beschäftigtenstand betrug im Jahre 1948 39.369 Bedienstete, eine Zahl, die in keinem Einklang mit den vermehrten Aufgaben der Stadtverwaltung steht. Die Verwaltung der Randgemeinden, die Einrichtung der Standesämter und der kriegswirtschaftlich bedingten Ämter würde höchstens eine Vermehrung um 13.000 Beschäftigte rechtfertigen. Im Zuge der Verwaltungsreform wurde ein Dienstpostenplan für rund 33.950 Angestellte als vorläufig notwendig erklärt, der in zwei bis drei Jahren auf den Stand von 31.226 Bediensteten gesenkt werden soll.

Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden im innigen Einvernehmen mit der Gewerkschaft durchgeführt, da die Stadtverwaltung den größten Wert auf die Einhaltung der Betriebsdemokratie legt.

Der Durchschnittslohn in der Hoheitsverwaltung werde im Jahre 1950 rund 877 S betragen, was gegenüber 1937 (366 S) eine Erhöhung auf das 2,4-fache bedeutet. Der Lebenskostenindex ist aber in weit stärkerem Ausmaße gestiegen, andere Berufsgruppen in Industrie und Handel haben eine weit höhere Zunahme ihres Einkommens zu verzeichnen, die öffentlich Angestellten und damit die Bediensteten der Stadt Wien hinken sehr beträchtlich nach. Hier muß Wandel geschaffen und endlich das versprochene Nachziehverfahren Wirklichkeit werden. Es sei auf die Dauer unerträglich, daß es Arbeiter mit Bezügen von 547 S brutto gebe und Angestellte mit 40 Jahren, die Nettobezüge von unter 500 S haben. Es sei ein Wunder, wie die Menschen von diesen Bezügen leben können. Sie seien Lebenskünstler oder besser gesagt Hungerkünstler. Hoffentlich werde es möglich sein, in den nächsten Wochen wenigstens einen Teil der Forderungen der öffentlich Angestellten zu erfüllen.

Stadtrat Fritsch hebt lobend die Moral der Bediensteten hervor, die trotz der schlechten Entlohnung hoch geblieben ist. Auf die Dauer kann es jedoch diesen Menschen nicht zugemutet werden, mit diesen bescheidenen Bezügen ihr Auskommen zu finden. Es wäre kein Wunder, wenn hin und wieder einer straucheln würde.

Die angekündigte Verwaltungsreform wird natürlich auf das Verständnis der Gewerkschaft in hohem Maße rechnen müssen. Der Überstand an Personal muß zum Verschwinden gebracht werden. Es ist unerträglich, daß heute noch hunderte von Vertragsangestellten spazierengehen und dafür den vollen Bezug bekommen. Aus sozialen Erwägungen heraus, kann man jedoch diese Menschen, die man 1945 aufgenommen hat, nicht auf die Straße setzen. Aber beseitigt muß der Übelstand auf alle Fälle werden. Es handelt sich in diesem Fall um 440 Personen. Dazu kommen noch 600 Angestellte, die in Kriegswirtschaftsämtern in den nächsten Wochen und Monaten überflüssig werden. Wir werden trachten, Angestellte die gesundheitlich geeignet sind, als Arbeiter unterzubringen. Soziale Härten sollen jedoch vermieden werden. Trotz dieser schlechten Entlohnung wurden jedoch bis Ende 1949 58.000 Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindedienst gestellt. Man sieht also, daß trotz allem der Gemeindedienst gesucht ist. Es ist dies ein Vertrauen



20. März 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 451

der Bevölkerung zur Stadt Wien. Es war schon immer die Klage, daß zu viele Beamte in der Verwaltung tätig sind. Derzeit trifft dies für die Stadt Wien und auch andere Körperschaften zu. Eine Verminderung des Personalstandes auf das unbedingt nötige Ausmaß ist daher erforderlich. Fernerhin müssen Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit durchgeführt werden. Es gibt da noch Übelstände aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die beseitigt werden müssen. Es fällt auch heute schon die Entschuldigung weg, daß schlecht genährte Menschen nicht vollwertig arbeiten können. Wir loben wohl noch knapp, aber zu hungern braucht niemand mehr. Auch die stundenlangen Anmarschwege sind verschwunden. Wir müssen daher auf pünktlichere Einhaltung der Arbeitszeit bestehen. Wir müssen mit den Stouergeldern Wiens sorgsam umgehen. Jeder Angestellte hat die vertraglich festgelegten 48 Stunden Arbeitszeit einzuhalten. In den letzten Wochen ist auf diesem Gebiet schon eine große Besserung zu verzeichnen. Es geht nicht an, daß ein Großteil der Bediensteten gegen eine geringe Pauschalvergütung Überstunden macht und ein geringer Teil tachiniert auf Kosten der anderen. Der Redner ersucht auch die Gewerkschafter, auf diese Dinge zu achten.

Der Referent spricht dann von den hohen Leistungen der Krankenschwestern, die ihre 48 Stunden und darüber hinaus Dienst machen, um kranken Menschen zu helfen. Leider sind unsere Mittel so gering, daß diese besondere Leistung nicht die ihr gebührende finanzielle Anerkennung findet. Auch allen anderen Bediensteten, die oft an Überstunden übermenschliches leisten, spricht er seinen Dank aus.

Zur Verwaltungsreform gehört auch, die Absenzen besser zu kontrollieren. Die Verwaltungsreform hat jedoch nicht nur die Aufgabe Personal einzusparen oder nur Mehrleistung herauszuschinden. Wir wollen ja kein System des Antreibens einführen, sondern die Angestellten auf die normale Leistung zurückbringen. Darüber hinaus wollen wir Arbeit durch die Auflassung oder Zusammenlegung von überflüssig gewordenen Abteilungen einsparen.

Einen großen Erfolg könnten wir durch Reformierung der gesamten Gesetzgebung erreichen. Bei der Unzahl der Gesetze und Erlässe ist es unmöglich, die Verwaltungsreform hundertprozentig durchzusetzen. Es muß versucht werden, auf allen Gebieten Verwaltungsarbeit einzusparen. Das Personal wird in den nächsten Tagen aufgefordert werden, Reformvorschläge vorzulegen.

Wir haben vor, Bezirksämter und Standesämter, wo es nur angeht, zusammenzulegen. Wir wissen freilich, daß sehr vorsichtig vorgegangen werden muß. Hier wäre aber viel an Büroraum einzusparen, der letzten Endes auch Wohnraum bedeutet. Es geht nicht an, daß z.B. für 700 Trauungen im Jänner dieses Jahres 21 Standesämter zur Verfügung waren.

Eine weitere Aufgabe wird die bessere fachliche Ausbildung des Personals sein. Es werden Kurse abgehalten und im Herbst eine Verwaltungsakademie eingeführt werden. Die Gewerkschaft hat hier bereits wertvolle Vorarbeit geleistet.

Stadtrat Fritsch kam dann noch auf einige Wünsche des Personals <sup>zu sprechen,</sup> die bisher wegen Geldmangel nicht erfüllt werden konnten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Nachziehung einen Teil der Angestelltenwünsche erfüllen wird und erklärte, mit allem Nachdruck für diese Nachziehung einzutreten. Die Personalvertretungswahlen werden in Kürze durchgeführt werden. Auch die Frage der Nebengebühren muß endlich bereinigt werden. Ebenso wird die Dienstkleiderordnung in Angriff genommen. Allerdings wären dafür nach den Wünschen der Gewerkschaft 50 Millionen Schilling erforderlich. Dies ist im Augenblick unerfüllbar. Auch mit der Pensionsangleichung wurde begonnen; es ist zu hoffen, daß die nächsten Jahre die Angleichung auf 100 Prozent bringen werden.

Abschließend sagte Stadtrat Fritsch: Arbeiten wir alle zusammen, damit Wien bald wieder im alten Glanz auferstehen kann und damit auch ihren treuen Bediensteten wieder ein ausreichender Lebensstandard ermöglicht wird. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

In der Debatte sprach zunächst GR. Doppler (WdU). Er stellte mit Verwunderung fest, dass die Stadt Wien den Aufwand für das Personal unter die unproduktiven Leistungen einreicht. Der Redner beschäftigte sich dann mit dem Bruchteil der Beamten, die für den schlechten Ruf bei der Bevölkerung verantwortlich zu machen sind. Die Bevölkerung hat aber ein Recht darauf, anständig behandelt zu werden. Sie erwartet vor allem, dass die aufgebrachten Mittel aus den Steuergeldern nach streng kaufmännischen Grundsätzen verwertet werden. Zu der kommenden Verwaltungsreform und der notwendigen Herabminderung des Personalstandes sprach der Redner die Bitte aus, dass hier wirklich nach menschlichen und sozialen Grundsätzen vorgegangen wird, und überflüssige Härten vermieden werden. Vor allem soll man die berufsfremden Elemente bei einer solchen Reduzierung zunächst heranziehen, denn diese sind es, die den zum Teil schlechten Ruf der Beamten verursacht haben. Der Redner sprach sich auch gegen jeden Zwang zum Beitritt zu einer Partei aus; nicht die Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern die fachliche Leistung soll ausschlaggebend sein. Weiter ersuchte GR. Doppler, den Beamten, die auf Grund des Amnestiegesetzes wieder eingestellt wurden, die bisher nicht angerechnete Vorrückungszeit anzurechnen.

Der Redner wandte sich auch dagegen, dass in einzelnen Diensträumen eine einseitige politische Propaganda betrieben wird, und ersuchte, dass dies unterbleiben solle.

Zur Frage der Nachziehung der Gehälter gab GR. Doppler seine unbedingte Zustimmung und bemängelte nur, dass nach den Worten des Finanzreferenten kein Betrag im Budget vorgesehen ist. Er regte an, wenn dies möglich sei, die Post für unvorhergesehene Ausgaben zu verwenden. Mit den jetzigen Gehältern können die Beamten jedenfalls nicht das Auslangen finden. Sie sollen sich fachlich weiterbilden und darüber hinaus auch ordentlich gekleidet sein. Er stellte mit Befriedigung fest, dass die Beamten trotz alledem nicht gegen Bestechungsversuche anfällig geworden sind.

Hinsichtlich der Arbeitszeit stellte der Redner die Frage, warum man, wenn man schon alles, was in der Vergangenheit geschah, als schlecht hinstelle, bei der während der Nazizeit erhöhten Arbeitszeit geblieben sei.

Er bemängelte, dass die Bediensteten nicht in der Lage seien, ihre Bezüge nachzurechnen, und er bitte, zumindest bei Gehaltsänderungen dem Betreffenden Aufstellungen zu geben, auf Grund deren sie die Möglichkeit haben, ihren Bezug auch nachrechnen zu können.

Die Beamten- und Arbeiterschaft der Stadtverwaltung hat ihre Pflicht vollauf erfüllt, und man möge nicht kleinlich vorgehen und diesen Leuten den ihnen gebührenden Lohn geben, damit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Seine Fraktion werde dem Voranschlag zustimmen.

GR. Dr. Altmann (Linksblock) bemängelt einleitend, dass die Ansätze im ersten Hauptstück keine volle und klare Auskunft geben, und erklärt, man müsse sich bei Besprechung dieser Gruppe hauptsächlich mit zwei Fragen beschäftigen: der Frage des Lohnes oder Nachziehung der Bezüge und der Frage des Abbaues. Wenn man auch dem Wort Abbau immer auszuweichen versuche, so ergibt sich der Ernst doch schon daraus, dass der Herr amtsführende Stadtrat von einem "Überstand" von 6.000 Beamten gesprochen habe. Mit der Frage der Verwaltungsreform hat ein Abbau, wie er hier gepredigt wird, nur sehr bedingt zu tun. Der drohende Abbau von 6.000 Menschen wird von den städtischen Angestellten als eine Art Damoklesschwert empfunden.

Gegenüber der Meinung, dass man vorerst jene abbauen sollte, die erst ab 1945 in den Dienst der Gemeinde Wien getreten sind, verweist der Redner darauf, dass die überwiegende Mehrzahl dieser Menschen aus der manuellen Arbeit kamen, Arbeiter waren, die sich dank ihres Klassenbewusstseins dessen bewusst waren, dass es notwendig war, sofort zu helfen und an Aufbau zu denken. Mag sein, dass der eine oder andere die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt, mag sein, dass es schwierig ist, sie entgültig in die Personalstände zu übernehmen, das kann uns aber nicht davon befreien, diese Menschen, die sich bewährt haben, zu behalten. Abgesehen von einem Abbau, der sich durch Versetzung in den dauernden Ruhestand, durch Arbeitsunfähigkeit oder Entlassung solcher, die sich entsprechender Vergehen schuldig gemacht haben, ergibt, dürfte von einem Abbau bei der Stadt Wien/<sup>nicht</sup> die Rede sein; schon darum nicht, weil die Arbeitslosigkeit nicht mehr saisonbedingt, sondern konjunkturell ist.

Glauben Sie, daß man von einem Programm der Vollbeschäftigung sprechen kann, wenn man gleichzeitig mit Abbauplänen hausierongeht? Die Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit weiß, daß die Arbeitslosigkeit eines jener Mittel ist, das die Kapitalisten brauchen, um die Senkung jenes Teiles, das aus dem Sozialprodukt den Arbeitern zufließt, zu ermöglichen. Versetzung der Ausgedienten in den dauernden Ruhestand, verbunden mit einer Verjüngung der Beamtenschaft, die außerordentlich notwendig ist, gewiß - aber nicht mehr!

Auf die Bezüge der Gemeinbediensteten übergehend, bezeichnet es der Redner als unglaublich, daß die hunderten und tausenden Beamten, die die von Stadtrat Fritsch in seinem Referat angeführten Hungerlöhne beziehen, in ihrer überwältigenden Mehrzahl noch nicht die fast selbstverständliche Folgerung gezogen haben und der Korruption, der Verrottung des Beamtentums, dem Bakschischwesen verfallen sind; dennoch sei im ganzen Budget nichts für ein Nachziehverfahren vorgesehen.

Der Linksblock fordere, daß kein Angestellter - Schilling gleich Schilling gerechnet - weniger als das Vierfache dessen bekommen dürfe, was er nach den dienstrechtlichen Bestimmungen des Jahres 1937 zu beziehen hätte, wodurch ja noch immer keine Angleichung der Löhne an die Preise erfolgt wäre, so daß also diese Maßnahme nur einen ersten Schritt darstellen würde. Eine entscheidende Wendung könnte nur dann erreicht werden, wenn die Gemeinde Wien zu einer eigenen Finanzpolitik zurückkehren würde, wenn nicht die einzige Sorge des Finanzreferenten der Gemeinde Wien darin bestehen würde, den ausgeglichenen Bundeshaushalt noch ausgeglichener zu machen.

Einem solchen Budget, das nichts für die Beamten und Angestellten vorsieht und die Aufgabe der Verwaltungsreform nur darin sieht, daß Angestellte abgebaut werden, vermag der Linksblock seine Zustimmung nicht zu geben und er werde daher gegen die Ansätze dieser Geschäftsgruppe stimmen.

GR. Skokan (ÖVP) stellte vor allem fest, daß die Besoldung der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien vor 1938 eine gute war. Die städtischen Angestellten waren vor 1938

gegen-

über den Bundesangestellten sogar vielfach besser besoldet. Zur selben Zeit hatten aber die städtischen Angestellten trotz der besseren Bezahlung eine kürzere Dienstzeit. Heute ist es leider umgekehrt. Die Angestellten der städtischen Unternehmungen waren sogar noch besser gestellt.

Heute zeigt sich klar, daß der durch die Nazizeit entstandene aufgeblähte Verwaltungsapparat auf die Dauer nicht mehr erhalten werden kann. Nach dem Zusammenbruch waren es die Bediensteten der Stadt Wien, die an ihre Dienststellen zurückkehrten, um wieder Ordnung zu schaffen. Jeder hat restlos sein Bestes gegeben, doch sie mußten leider bemerken, daß bis zum heutigen Tag ihr Reallohn gesunken ist. Ihre Bezüge sind, das wurde heute schon festgestellt, gegenüber denen in der Privatwirtschaft bedeutend zurückgeblieben. Nach amtlichen Berechnungen beträgt der Lebenshaltungsindex 400 %. Die städtischen Bediensteten haben jedoch viel weniger. Sie leben von ihrer Substanz.

Der Redner machte auch den Vorschlag, die Bediensteten die nach der endgültigen Liquidierung der kriegswirtschaftlichen Ämter zu Verfügung stehen werden, in die Privatwirtschaft zurückzuführen, wenn ihre fachliche Eignung nicht genügend ist. Sie können so ihrem Vaterland besser dienen.

GR. Skokan stellte fest, daß auch einfacher verwaltet werden müsse. Die geeigneten Menschen sollen auch auf die geeigneten Plätze kommen. Dies ist leider nicht immer der Fall.

Bei den Pensionierungen müssen besonders Frauen mit Kindern, Kriegerwitwen und KZ-ler als letzte in den Ruhestand geschickt werden. Andererseits sollte eine Pensionierung auch im Einvernehmen mit der Gewerkschaft erfolgen können, wenn jemand schon das 60. Lebensjahr und die höchste Dienststufe erreicht hat. Man soll darauf sehen, daß der Personalstand nicht veraltet. Schließlich regte GR. Skokan auch an, die Abfertigung für Vertragsbedienstete zu verdoppeln.

Weiter forderte der Redner, daß auch mit dem Dreinreden in der Führung einzelner Geschäftsgruppen Schluß gemacht werden müsse.

20. März 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 457

Er wendete sich auch gegen die kleinen Vertrauensleute auf den Dienststellen, die andere unter Druck setzen.

Schließlich gab GR. Skokan die Anregung, die Gemeinde Wien solle ähnlich wie bei den von den Stadtwerken geplanten Werkwohnungen ihren Bediensteten Vorschüsse zur Erwerbung von Eigenheimwohnungen geben. Damit könne zur Entproletarisierung beigetragen werden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Nach dieser Rede, um 19 Uhr, unterbrach die Vorsitzende, GR. Helene Potetz, die Sitzung. Die Budgetberatung wird morgen vormittag um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Gemeinderat Dr. Ernst Robetschek  
=====

20. März (Rath.Korr.) Vor Beginn der Budgetberatungen wurde an Stelle von Stadtrat Rohrhofer GR.Dr. Robetschek zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, gewählt.

Stadtrat Dr. Robetschek wurde am 30. Oktober 1912 in Wien geboren, wo er auch die Volksschule und das humanistische Gymnasium absolvierte. Im Jahre 1930 legte er die Reifeprüfung ab und begann im Herbst des gleichen Jahres an der Wiener Universität Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren. 1936 promovierte er zum Doktor beider Rechte.

In der Folgezeit war Stadtrat Dr. Robetschek bis zum 12. März 1938 in der gewerblichen Wirtschaft tätig. Im Krieg arbeitete er als selbständiger Steuerberater.

Nach dem Zusammenbruch und nach der Wiedergeburt Österreichs im Jahre 1945 wurde er im VI. Wahlkreis in den Wiener Gemeinderat gewählt. Auch bei den Wahlen im vergangenen Jahr wurde er in den Gemeinderat und Landtag entsandt, wo er bis zu seiner Wahl zum Amtsführenden Stadtrat die Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeinderates und eines stellvertretenden Vorsitzenden im Finanzausschuß bekleidete.

Sprechstunden bei Stadtrat Dr. Robetschek  
=====

20. März (Rath.Korr.) Amtsführender Stadtrat Dr. Robetschek der Geschäftsgruppe VII, "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten", hält seine Sprechstunden ab 28. März jeden Dienstag und Freitag von 9 - 11 Uhr.



Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen der Gemeinde Wien  
=====

20. März (Rath.Korr.) Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen der Gemeinde Wien eröffnet mit dem Schuljahr 1950/51 einen neuen Jahrgang.

Das Aufnahmealter ist das bis zum 31. Dezember 1950 erreichte 16. Lebensjahr und die mit gutem Erfolg absolvierte vierte Hauptschulklasse. Ansuchen um Zulassung zur Aufnahmeprüfung sind an die Direktion der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen der Gemeinde Wien, 11., Hasenleiten-gasse 9, bis 15. April zu richten.

Rindermarkt, Hauptmarkt vom 20. März  
=====

20. März (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden: Ochsen, Stiere, Kühe. Summe: Inland 87 Ochsen, 80 Stiere, 178 Kühe, Summe 345. Aus dem Ausland (Ungarn) 1 Ochs, 18 Stiere, 97 Kühe, Summe 116. Daher Gesamtauftrieb: 88 Ochsen, 98 Stiere, 275 Kühe, Summe 461. Preise: Ochsen 5.20 bis 7.- S (7.45), Stiere 5.60 bis 6.70 (7.40), Kühe: 4.60 bis 6.80 (7.-), Beinlvieh 3.50 bis 4.60 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr war bei Ochsen und fetten Kühen leicht steigende Preistendenz zu verzeichnen, während Beinlvieh zu Vorwochenpreisen gehandelt wurde. Stiere, die anfänglich die Vorwochenpreise erreichten, verbilligten sich gegen Marktende um 10 bis 20 Groschen je Kilogramm.